

# Auf dem Weg zu einem afghanischen Frühling?

## Basisaktivismus in Afghanistan



## Websites & Kontakte

### **Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA)**

[www.rawa.org](http://www.rawa.org)  
[rawa@rawa.org](mailto:rawa@rawa.org)

### **Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS)**

[www.saajs.com](http://www.saajs.com)  
[victims.families@gmail.com](mailto:victims.families@gmail.com)

### **Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)**

[www.ahrdo.org](http://www.ahrdo.org)  
[info@ahrdo.org](mailto:info@ahrdo.org) / [ahrdoafghanistan.org](http://ahrdoafghanistan.org)

**Hezbe Hambastagi /  
Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)**  
[www.hambastagi.org](http://www.hambastagi.org) (Sprache wählen)  
[info@hambastagi.org](mailto:info@hambastagi.org)

*Internationale Netzwerke:*

**Network Afghanistan**  
[network-afghanistan@nadir.org](mailto:network-afghanistan@nadir.org)

### **Sympathisanten der Solidaritätspartei Afghanistan in Europa e.V.**

[SympathizersOfSPA@gmail.com](mailto:SympathizersOfSPA@gmail.com)  
facebook: Hawakhwahane Hambastagi

### **Defence Committee for Malalai Joya**

[www.malalaijoya.com/dcmj/](http://www.malalaijoya.com/dcmj/)  
[dcmj.afg@gmail.com](mailto:dcmj.afg@gmail.com)

**Coordinamento Italiano Sostegno Donne Afghane (CISDA)**  
[www.osservatorioafghanistan.com](http://www.osservatorioafghanistan.com)  
[cisdaonlus@gmail.com](mailto:cisdaonlus@gmail.com)

„Westliche Regierungen, internationale Medien und Hilfsorganisationen vermitteln gerne den Eindruck, Afghanistan befinde sich in einem positiven Aufbau und Wandel. So versuchen sie die NATO-Besatzung zu rechtfertigen. Als Aktivist\*innen, die vor Ort in Afghanistan leben und politisch arbeiten, haben wir euch aber ganz andere Berichte mitgebracht, um euch zu vermitteln, was derzeit wirklich in Afghanistan geschieht.“

Mariam Rawi, 17.11.2015

## Vorwort

Abschiebungen nach Afghanistan sind zum Symbol einer unnachgiebigen Migrationspolitik geworden. Als wir im Herbst 2016 das Vorwort zur ersten Auflage dieser Broschüre schrieben, hatte die Bundesregierung gerade ein Rückführungsabkommen unterzeichnet, um Massenabschiebungen nach Afghanistan zu ermöglichen. Die offizielle Rechtfertigung lautete seitdem, die Lage im Land sei ‚sicher genug‘, da zumindest manche Regionen eine ‚inländische Fluchtalternative‘ böten. Konkrete Gebiete wurden jedoch bis heute an keiner Stelle benannt. Als am 31. Mai 2017 eine Autobombe in direkter Nähe zur deutschen Botschaft in Kabul 92 Tote und 491 Verletzte gefordert hatte, schien diese Argumentation zumindest vorübergehend nicht tragbar. So verkündete die Bundesregierung ein Abschiebungsmoratorium, von dem jedoch all jene ausgenommen blieben, die als ‚Straftäter‘, ‚Gefährder‘ oder ‚Mitwirkungsverweigerer‘ galten. Genau ein Jahr später kehrte das Auswärtige Amt zu der bekannten Rhetorik zurück: Zwar sei die Sicherheitslage ‚volatil‘, doch gebe es eben jene – weiterhin unbenannten – Regionen, die inländischen Schutz ermöglichen.

Die folgenden Texte haben wir im Verhältnis zur ersten Auflage unverändert belassen. Sie lassen

sich als Zeugnis der weiterhin katastrophalen Zustände in Afghanistan lesen und vermitteln eine Perspektive, die unserer Auffassung nach eine weitere Ebene der Solidarisierung fordert: Hier berichten Aktivist\*innen, die sich vor Ort in Afghanistan basispolitisch organisieren und für radikale, freiheitliche Veränderungen der bestehenden Verhältnisse kämpfen. Sie betonen, dass die derzeitige desolate Lage im Land nicht trotz, sondern vor allem auch aufgrund der internationalen zivil-militärischen Intervention in Afghanistan besteht: Erklärte Frauenfeinde, Fundamentalisten, Kriegsverbrecher und Warlords wurden zur politischen und wirtschaftlichen Elite aufgebaut, die nun maßlose Korruption betreibt und sich in einem System der Straflosigkeit einrichtet.

Diese Aktivist\*innen möchten nicht nur, dass die Welt von den desaströsen Verhältnissen im Land erfährt, sondern auch von ihren basispolitischen Kämpfen. Um ihre Arbeit in Deutschland bekannter zu machen, haben wir im Winter 2015/16 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Politische Basisbewegungen in Afghanistan im Jahr nach dem offiziellen Abzug des internationalen Militärs“ Vertreter\*innen von vier verschiedenen basispolitischen Organisationen aus Afghanistan

nach Berlin eingeladen. In der Konzeption und Planung dieser Veranstaltungsreihe haben wir uns bewusst gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit positioniert, die auf Demokratisierung als extern unterstützten bzw. gesteuerten Staatsaufbau fixiert ist. Stattdessen geht es uns um eine Perspektive, welche die eurozentrische Kolonialität der Denkweisen überwindet, die bislang das Wissens über Weltpolitik und Konflikte dominieren. Statt neoliberale, zivil-militärische Aufbaukonzepte zu reproduzieren wollten wir einen Fokus auf Alternativen und Auswege setzen, die sich aus Selbstorganisationsprozessen und sozialen Bewegungen entwickeln und sich als feministisch, progressiv, anti-kolonial, anti-islamistisch und internationalistisch verstehen. Darum ist das Herzstück dieser Broschüre die (Selbst-)Vorstellung der vier basispolitischen Organisationen und deren politischer Arbeit: die Selbstorganisation der Angehörigen der Opfer von Kriegsverbrechen, die gegen das Amnestiegesetz und für eine Vergangenheitsaufarbeitung streiten; künstlerische Aktivitäten, die das Tabu der öffentlichen (Kriegs-)Erinnerung überwinden; verdeckte und offene Frauenorganisation mit revolutionären Veränderungszielen; politische Bildungsarbeit und die Herausgabe feministischer und linker Zeitungen; Solidaritätsaktionen mit Freiheitsbewegungen im Iran, in Kurdistan und weltweit; Demonstrationen gegen Femizid, gegen Besatzung, gegen islamistischen Terror und gegen die Kriegsverbrecher in der Regierung.

Mit wenigen Ausnahmen basieren die Texte in dieser Broschüre auf Tonmitschnitten, die während der Veranstaltungsreihe angefertigt wurden. Die Vorträge von Weeda Ahmad und Hafiz Rasikh wurden synchron von Dari ins Deutsche bzw. Englische und Deutsche übersetzt und in ihrer übersetzten Form transkribiert. Mariam Rawi, Hadi Marifat und Hjalmar Joffe-Eichhorn präsentierten auf Englisch, ihre Beiträge

wurden erst für diese Veröffentlichung ins Deutsche übersetzt. Um aus den verschiedenen Veranstaltungsmitschnitten eine kohärente Dokumentation zu erstellen, wurden alle Vorträge redaktionell bearbeitet. Wir haben dabei versucht, die sprachlich-inhaltlichen Charakteristika der Vorträge beizubehalten, soweit dies aufgrund der mehrfachen Übersetzungsebenen möglich war. Um Wiederholungen innerhalb der Broschüre zu reduzieren, haben wir die Vorträge zum Teil gekürzt. An anderer Stelle wurden Kontextinformationen ergänzt, die uns für das Leseverständnis wichtig erschienen. Für alle eventuellen Fehler, die trotz sorgsamer Überarbeitungen weiterhin in der Broschüre enthalten sein mögen, übernehmen wir die Verantwortung.

Die ergänzenden Texte von Network Afghanistan beruhen auf Vortragsmanuskripten von Mechthild Exo. Mit ihrer inhaltlichen Expertise zum Thema und ihren langjährigen Kontakten zu den eingeladenen Organisationen kam ihr eine besondere Rolle in der Organisation der Veranstaltungsreihe ebenso wie bei der inhaltlichen Redaktion dieser Broschüre zu.

Weder die Veranstaltungsreihe noch diese Broschüre wären ohne vielfältige Formen der Unterstützung und Kooperation möglich gewesen. Wir bedanken uns bei allen, die mit ihrem Einsatz das Zustandekommen unterstützt haben. Unser Dank gilt auch all jenen, die zugehört, gefragt, hinterfragt und mitdiskutiert haben. Statt fertiger Antworten und Problemlösungsangebote aus Europa braucht es unsere Fähigkeit zum bescheidenen Zuhören, zum gegenseitigen Austausch und zur Unterstützung. In diesem Sinne wünschen wir viel Inspiration und Nachdenklichkeit bei der Lektüre.

November 2018,  
Mechthild Exo & Mechthild von Vacano



# Analysen zur Lage in Afghanistan



## Kurzprofil Afghanistan

Die Bevölkerung Afghanistans umfasst rund 30 Millionen Menschen, die mehr als 15 verschiedenen ethnischen Gruppen zugeordnet werden. Die größten vier Gruppen sind Paschtunen, Tadschiken, Usbeken und Hazara. Auch in sprachlicher und religiöser Hinsicht ist die Bevölkerung nicht homogen: Mit Dari und Paschtu hat das Land zwei Amtssprachen, insgesamt werden aber über 40 Sprachen gesprochen. Die große Mehrheit aller Afghan\*innen sind muslimischen Glaubens, die meisten davon Sunnit\*innen, knapp über 20 Prozent Schiit\*innen. Zudem gibt es einen geringen Bevölkerungsanteil an Hindus und Sikh. Politisch-administrativ ist Afghanistan in 34 Provinzen gegliedert, de facto herrschen vielerorts jedoch Warlords mit ihren eigenen Gebietsansprüchen.

Aufgrund seiner geographischen Lage war Afghanistan für expansionswillige Großmächte schon immer von besonderer geostrategischer wie ökonomischer Bedeutung. Afghanistan ist zentral für die militärische Kontrolle Asiens und des Mittleren Ostens. Mit dem Iran, China und Pakistan grenzt Afghanistan an weltpolitisch machtvolle Staaten mit hochgerüsteten Armeen und Nuklearwaffen. Zudem ist die geographische Nähe zu Indien, Russland und dem Nahen Osten bedeutsam. Die Grenzlage zu gas- und ölfreieichen Ländern wie Turkmenistan macht Afghanistan zum wichtigen Transitland für entsprechende Pipelines nach Pakistan und Indien. Zudem wurde vor einigen Jahren Afghanistans eigener Reichtum an ausbeutbaren Metallerzen und Mineralien erkannt, darunter Eisen, Kupfer, Niob, Kobalt, Gold und Metalle der Seltenen Erden.

# Freundschaft oder Militärinteressen?

## Widersprüche in den deutsch-afghanischen Beziehungen

von Network Afghanistan

Im Jahr 2015 wurde mit allerlei Veranstaltungen das 100-jährige Jubiläum der deutsch-afghanischen Freundschaft gefeiert. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier reiste nach Kabul und betonte in seiner dortigen Rede, dass Deutschland für kein anderes Land in der Welt finanziell mehr „Entwicklungshilfe“ geleistet habe als für Afghanistan. Im Oktober 2015 setzte Innenminister Thomas de Maizière diese Logik fort und behauptete anlässlich der steigenden Zahlen afghanischer Flüchtlinge zynisch, dass dort, wo deutsches Militär, deutsche Polizeiausbilder und Entwicklungsorganisationen seit 14 Jahren mit viel finanziellem Aufwand tätig seien, zu erwarten sei, dass keine Flucht ergriffen werde.

Der Beginn der afghanisch-deutschen Beziehungen liegt in der Zeit des Ersten Weltkriegs, wobei es schon damals um eine „Freundschaft“ mit eindeutig kriegerischem, imperialem Charakter ging: Als Wanderzirkus getarnt, reiste eine von der deutschen Obersten Heeresleitung entsandte Expedition nach Kabul, um die afghanische Regierung als Verbündete zu gewinnen und Afghanistan zu einem Kriegseintritt zu überreden – gegen die Kolonialmacht Großbritannien, die das Nachbarland Indien kontrollierte. Man unterzeichnete ein Freundschaftsabkommen, welches Afghanistan hohe Geldzahlungen und Waffenlieferungen versprach. Jedoch blieb Afghanistan trotz Unterzeichnung dieses Abkommens neutral.

Im zweiten Weltkrieg versuchte die deutsche Wehrmacht erneut, von Afghanistan aus einen Asien-Eroberungsfeldzug in Richtung Indien zu führen. Die geheim operierende Spezialeinheit der „Brandenburger“ verhandelte in Afghanis-

tan unter anderem mit indischen, anti-britischen Untergrundführern. Seit 1936 basierte die wirtschaftlich-militärische Kooperation auf deutschen Rüstungslieferungen nach Afghanistan und dem Aufbau der afghanischen Luftwaffe. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Handelsbeziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik ausgebaut und Universitätskooperationen initiiert. Zugleich beteiligte sich Deutschland bereits damals an Schulungen für die afghanische Polizei.

In der jüngsten Geschichte, im Dezember 2001 schloss sich Deutschland der US-geführten Afghanistan-Intervention an, die in direkter Reaktion auf die Anschläge vom 11. September auf einen Sturz des Taliban-Regimes und eine Zerschlagung des AlQaeda-Netzwerks zielte. Zwei Monate nach Beginn der Intervention entsandte die Bundesregierung deutsches Militär als Teil der sogenannten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF). Seitdem ist Deutschland direkt am Krieg in Afghanistan beteiligt. Deutschland ist kontinuierlich mit bis zu 5300 Soldaten, aber auch mit Regierungs- und Wirtschaftsberatern in Afghanistan präsent und unterstützt damit sowohl den Interventionskrieg als auch den Staatsaufbau und einen gesellschaftlichen Umbau. In der internationalen Arbeitsteilung der Interventionsstaaten kam Deutschland in den ersten Jahren die Hauptverantwortung für die Polizeiausbildung zu. Im Rahmen des ISAF-Einsatzes hatte die Bundeswehr bis Ende 2014 außerdem die militärische Verantwortung für den Norden Afghanistans übernommen. Die deutsche Regierung hat aus dieser Zeit unter anderem einen verheerenden Luftangriff auf zwei

Tankcluster in der Provinz Kunduz zu verantworten, bei dem am 4. September 2009 142 Menschen ums Leben kamen – vornehmlich Zivilist\*innen.

Im November 2001 war der Petersberg in Bonn bereits zum symbolträchtigen Ort geworden, an dem die „internationale Gemeinschaft“ die politischen Weichen für ein Afghanistan nach der Herrschaft der Taliban stellte: Auf dieser ersten Afghanistan-Konferenz wurden die Grundzüge der neu aufzubauenden Ordnung festgelegt. Man schuf eine Übergangsregierung, in der die Mehrheit der Ministerien mit islamistischen Warlords und Kriegsverbrechern der sogenannten Nordallianz besetzt war. Im Abkommen wurde keine Entwaffnung festgelegt, auch wurde – auf Druck der Nordallianz – ein generelles Amnestiegesetz nicht verboten. Anlässlich des Gipfels hatten Frauen in Kabul versucht, für die Repräsentation von Frauen und eine Beteiligung von Frauenrechtsvertreterinnen an den Verhandlungen zu demonstrieren, sie wurden jedoch von Nordallianzsoldaten vertrieben. Auch auf der internationalen Ebene zeigten die UN-Sondergesandten, die das Gipfeltreffen vorbereiteten, keinerlei Initiative, eine Resolution dieser Frauen in Empfang zu nehmen.

Diese staatszentrierten, militärisch geprägten Handlungen sind sicherlich nicht als Freundschaftsleistung für die afghanische Bevölkerung zu betrachten. Doch sind in der Geschichte der deutsch-afghanischen Beziehungen auch andere, positive Anknüpfungspunkte möglich. Der freundschaftliche Austausch begann nicht 1915/16, als das entsprechende Abkommen unterzeichnet wurde, sondern 1919, als Amanullah Khan den Thron des Emir bzw. später Königs übernahm. Innenpolitisch hatte Amanullah umfassende soziale Reformen eingeleitet, unter anderem zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, sowie Bildung und Kulturleben gefördert. In der Weimarer Zeit reiste Amanullah Khan gemeinsam mit seiner Frau mehrfach nach Deutschland. Dabei vereinbarte er wirtschaftliche Kooperationen, vor

allem aber auch Zusammenarbeitsprojekte im Bildungsbereich. 1924 wurde beispielsweise die deutsche Amani-Schule in Kabul eingerichtet, die bis heute afghanische Schüler\*innen auf ein mögliches Studium in Deutschland vorbereitet. Studierende aus Afghanistan kamen nach Deutschland und umgekehrt. Deutsche Ingenieure bauten in Afghanistan Staudämme, Brücken und Straßen. In den zehn Jahren Amanullahs Herrschaft von 1919-1929 waren allein in Kabul 22 deutsche Ingenieure an 70 Bauprojekten beteiligt. Eines der Projekte war der Darul-Aman-Palast, der später das Parlament beherbergen sollte. Dieses Bauprojekt war so konzipiert, dass 700 afghanische Fachkräfte im Verlauf der Arbeiten ausgebildet wurden. Der Palast – heute eine Kriegeruine – wurde zum Symbol der deutsch-afghanischen Freundschaft und der Reformbestrebungen König Amanullahs. Dieser Teil der Geschichte ist in der afghanischen Bevölkerung bis heute präsent. Die Ruine des Darul-Aman-Palasts wird heute von verschiedenen basispolitischen Organisationen als Ort für kritische Theateraufführungen, Ausstellungsprojekte und Kundgebungen gewählt.

Nach vier Jahrzehnten voller Kriege und Gewalt sind weiterhin Millionen Afghan\*innen auf der Flucht, die meisten davon leben im angrenzenden Pakistan und dem Iran. Aber einige davon bauen auch heute noch auf ein sicheres Leben in Deutschland. Aufgrund der besonderen Beziehungen und des historisch verankerten Studierendenaustauschs beantragten in den 1980er und 1990er Jahren auch viele afghanische Flüchtlinge in Deutschland Asyl. Doch im Herbst 2016 hat die Bundesregierung mit der afghanischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet, das Afghanistan zum „sicheren Herkunftsland“ erklärt und so Massenabschiebungen ermöglicht. Ein ethisch untragbares Abkommen der „Freundschaft“ zwischen Regierungen. Mit Freundschaft, die sich an den Menschen und ihren Lebensbedingungen orientiert, hat das nicht zu tun.

# Die Probleme von heute sind die Probleme von gestern

## Vier Jahrzehnte Krieg und Konflikt

von Mariam Rawi, RAWA

Es ist notwendig, dass ich etwas aushole und grob die historischen Entwicklungen umreiße, die zum Verständnis der heutigen Situation in Afghanistan unabdinglich sind. Viele der heutigen Probleme sind auf die sowjetische Invasion im Jahr 1979 und die darauf folgenden Jahre der sowjetischer Besatzung zurückzuführen. Denn diese Dekade war für Afghanistan äußerst folgenreich: Im Zuge der 10-jährigen Besatzung und des Widerstands gegen die Besatzung wurden unzählige Menschen verhaftet, verschleppt und getötet. Millionen waren zur Flucht gezwungen. In diesen 10 Jahren wurden islamistische Mujaheddin-Gruppen aufgerüstet und zu einer mächtigen Kraft im Land aufgebaut, um die Sowjetunion zu bekämpfen. Bei der Aufrüstung spielten sowohl die USA als auch Pakistan und der Iran eine wichtige Rolle. So wurden damals fundamentalistische (islamistische) Kräfte aufgebaut, die bis heute großen Einfluss auf die Machtverhältnisse in Afghanistan haben. Da einzelne Mujaheddin-Gruppen von unterschiedlichen externen Mächten aufgebaut wurden, waren sie untereinander zerstritten und bekämpften sich auch gegenseitig. So standen die Mujaheddin-Organisationen, selbst als diese im Jahr 1992 Kabul einnahmen und die Staatsmacht übernahmen, untereinander weiterhin in einem gewaltsamen Machtkampf. Jene fundamentalistischen Organisationen, die damals finanziell und militärisch insbesondere von den USA unterstützt wurden, begannen in Kabul, andere Organisationen zu bekämpfen. In den folgenden Jahren töteten sie massenhaft Zivilisten durch Bombardierungen der Wohngebiete von den umliegenden Bergen aus, durch rücksichtslose Gefechte,

willkürliche Brutalität und gezielte Massaker. Schwerste Menschenrechtsverbrechen wurden begangen. In Kabul allein wurden zwischen 1992 und 1996 75.000 Menschen getötet und hunderte Frauen und Mädchen vergewaltigt. Häuser und ganze Wohngebiete wurden zerstört, öffentliche Einrichtungen geplündert sowie Schulen und Universitäten niedergebrannt. Viele der Verantwortlichen aus der damaligen Führungsriege haben heute hohe Posten in der Regierung und den Ministerien inne.

So bedeutete die Machtübernahme der Taliban im Jahr 1996 nur den Übergang von einer islamistischen Herrschaft zu einer anderen, wenn gleich zu einer etwas schlimmeren Variante. Während zuvor bereits die Rechte von Frauen eingeschränkt waren, auch das Sharia-Recht bereits eingeführt war, wurden diese Einschränkungen nun verschärft: Frauen war es vollständig untersagt zu arbeiten oder sich alleine auf der Straße zu bewegen. Sie waren verpflichtet, Ganzkörperschleier zu tragen, während Männer sich ihre Bärte wachsen lassen mussten.

Wenn man sich nun also diese historischen Entwicklungslinien vor Augen führt, insbesondere die Unterstützung islamistischer Kräfte durch die USA, erscheint die humanitäre Begründung des militärischen Eingreifens der USA und ihrer Verbündeten im Jahr 2001 kaum glaubwürdig. Die Behauptung, dass die USA und die anderen Staaten zum Schutz von Frauenrechten und zum Aufbau von Demokratie intervenieren, können wir nicht akzeptieren. Vielmehr muss angenommen werden, dass die USA ihre eigenen Interessen verfolgen.

## PUBLIKUMSFRAGE

**Noch vor der sowjetischen Invasion gab es im Frühjahr 1978 bereits die Aprilrevolution. Meines Wissens nach war diese Revolution eben nicht von der Sowjetunion gelenkt, sondern kann durchaus als ein eigener sozialrevolutionärer Prozess, der zu Landaufteilung und Frauenbefreiung führte, verstanden werden. Wie bewertet ihr das?**

Wenn wir über die Zeit der Besatzung durch die Sowjetunion reden, schließen wir meistens die eineinhalb Jahre vor dem eigentlichen Sowjet-Einmarsch und auch die drei Jahre nach deren eigentlichem Abzug mit ein. Zuvor hatten wir in Afghanistan eine starke 68er Studierendenbewegung, die bis in die 70er Jahre hin reichte. Die Student\*innen und Intellektuellen des Landes haben ihre eigenen Gruppen und Netzwerke aufgebaut. Es gab unterschiedliche linke Strömungen und untereinander viel Diskussion, aber auch Abgrenzungen und Machtstreben.

Der 27. April 1978 ist einer der dunkelsten Tage unserer Geschichte, mit dem die Tragödie unseres Landes begann. Im Namen der „sozialistischen Idee“ verhaftete, verschleppte und ermordete die Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) zehntausende Menschen, besonders aus der zuvor erwähnten Studentenbewegung. Bei diesem Coup handelte es sich eben nicht um eine von unten gewachsene, basisdemokratisch verankerte Revolution

(grassroot revolution), auch wenn sie es Revolution nannten. Es war nur ein Regimewechsel in den vorhandenen Strukturen. Das neue Regime bezog sich dann auf die Macht der Sowjetunion. Die Repression und Vernichtung der progressiven politischen Kräfte von damals ist einer der wichtigen Gründe dafür, warum die Linke in Afghanistan heute so schwach ist.

Genauso wie die USA ihre Intervention im Namen der Terrorismusbekämpfung, der Menschen- und der Frauenrechte legitimierten, wurden damals „Sozialismus“ und die „Rechte der Arbeiter“ als bloße Slogans missbraucht, um die Intervention zu rechtfertigen. Ebenso wie jetzt Vorzeigefiguren geschaffen werden, die dann vermeintlich für Frauenrechte stehen, sind damals Vorzeigeprojekte wie die Landreform verwirklicht worden. Tatsächlich wurde in dieser Zeit auch das Pul-e Chakri-Gefängnis geschaffen, das größte Gefängnis Asiens, in dem Zehntausende Menschen verschwunden sind.

**MARIAM RAWI**

# Frühe Ansätze der Emanzipation von Frauen

von Network Afghanistan

Je offensichtlicher eine Stabilisierung und der sogenannte Aufbau gescheitert sind, desto mehr (re)produzieren westliche Diskurse ein spezielles Bild, manchmal offen, mitunter auch implizit: Afghanistan sei zu rückständig und zu traditionell, weshalb die Demokratisierung unter westlicher Anleitung nicht erfolgreich verwirklicht werden konnte. Solche Zuschreibungen weisen jegliche westliche Verantwortung für die Korruption, die undemokratischen Verhältnisse und die reaktionär-islamistische Prägung der Lebensbedingungen ab und stellen die derzeitigen Verhältnisse als ein genuin afghanisches Problem dar. Gerade in Bezug auf Frauenrechte möchten wir diesem Bild zwei historische Beispiele entgegen stellen und zeigen, dass es in Afghanistan bereits früh politische Entwicklungen gab, die auf eine Stärkung von Frauen- und Mädchenrechte abzielten. Früh bezieht sich dabei auch auf den historischen Vergleich mit einigen europäischen Staaten. Diese Bestrebungen entstanden im Land selber: im ersten Beispiel durch König Amanullah Khan und Königin Soraya von oben, im zweiten Beispiel als politische und kulturelle Bewegungen der 1960er und 70er Jahre von unten.

König Amanullah Khan regierte Afghanistan von 1919 bis 1929. Er förderte die Mädchenbildung und das Ablegen des Kopftuchs. Zwangsheirat, Brautpreis, Polygamie und Verheiratung minderjähriger Mädchen wurden abgeschafft. 1923 bekam Afghanistan seine erste Verfassung, in der gleiche Rechte für Frauen und Männer verankert waren. Die Frau von Amanullah, Soraya Tarzi Hanim oder Königin Soraya, war eine selbstbe-

wusste, für Frauenrechte eintretende Person. Sie trat öffentlich auf, gab eine Zeitung für Frauen heraus, reiste mit ihrem Mann und war ungewöhnlich einflussreich. Bei einem bekannt gewordenen öffentlichen Auftritt erklärte Amanullah, dass der Islam nicht von Frauen verlange ihre Körper zu verhüllen oder eine bestimmte Art von Kopftuch zu tragen. Am Ende dieser Rede nahm Königin Soraya ihr Kopftuch ab, andere anwesende Frauen folgten ihrem Beispiel in aller Öffentlichkeit. Diese frühen Reformen für Frauenrechte lösten den Widerstand konservativer Religionsführer und reaktionärer regionaler Herrscher aus. Diese Kräfte zwangen König Amanullah schließlich zum Abtreten. Das Königspaar ging ins Exil und die allermeisten Reformen wurden rückgängig gemacht.

Wie an vielen Orten weltweit gab es auch in Afghanistan eine sehr lebendige 68er-Bewegung. An den Universitäten und Schulen wurde gestreikt und Solidarität mit den Kämpfen in Betrieben geäußert. Frauen erkämpften sich neue Freiheiten gelebter Alltagspraxis. In den Städten trugen junge Frauen nicht nur kein Kopftuch, sondern auch kurze Ärmel und modische Miniröcke, sie nahmen an Rockfestivals und am blühenden Theater-, Kino- und Nachtleben teil. Sie spielten Basketball oder Tennis und nahmen berufliche Tätigkeiten im Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereich oder bis hinein in Polizei und ins Militär auf. Seit den 60er Jahren waren Frauen und Mädchen Teil der linken Proteste, sowohl in der Unterstützung der Anliegen aller Schüler\*innen, Studierenden und Arbeiter\*innen als auch mit zunehmendem

Nachdruck gegen die Unterdrückung von Frauen. Zum 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen, führten bereits damals verschiedene Organisationen Demonstrationen durch.

Um die neuen Freiheiten und den Einfluss linker Bewegungen zurückzudrängen, stärkte die herrschende Elite als Gegenpol die Ansätze einer islamistischen Bewegung, die sich parallel an den Universitäten entwickelte. Gezielt wurden so reaktionäre und islamisch-fundamentalistische Studierende unterstützt. Hatte es in den frühen 60ern noch keine islamistischen Organisationen gegeben, nahmen ab Mitte der 60er Jahre Publikationen und Agitation islamistischer Gruppen zu. Bis 1969 hatten diese Kräfte sich zu einer

Bewegung formiert, um linke, revolutionäre und frauenrechtsorientierte Aktivitäten einzudämmen. Diese konservativ-islamistischen Studierenden und Mullahs bekämpften schließlich Linke und Frauenrechtsaktivistinnen mit offener Gewalt und Mord. Weibliche Studierende wurden mit Säure angegriffen, die auf ihre nicht-bedeckten Beine und Gesichter geworfen wurde. Auf Beine wurde auch geschossen. In der islamistischen Jugendbewegung, die für diese Angriffe verantwortlich war, war beispielsweise Gulbuddin Hekmatyar aktiv, der im September 2016 als Ergebnis des fragwürdigen „Friedensprozesses“ in die afghanische Regierung integriert wurde.

Protestaktion der Solidaritätspartei anlässlich des Lynchmords an Farkhunda, Kabul, Juli 2015. Foto: SPA



# Befreiung ?!

## Zur aktuellen Situation von Frauen

von Mariam Rawi, RAWA

Heute, rund 14 Jahre nach der NATO-Intervention in Afghanistan, ist nur allzu offensichtlich, dass weder der Terrorismus erfolgreich bekämpft ist noch dass Frauenrechte im Land gewährleistet sind. Nach wie vor sind Frauen in Afghanistan alltäglicher Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Anhand einiger aktueller Beispiele möchte ich zeigen, dass sich unsere derzeitige Regierung zwar mit Frauenrechten und Demokratie-Slogans schmückt, aber in der Praxis nichts zum Schutz von Frauen und ihren Rechten beiträgt.

Es gibt unzählige Fälle, in denen Warlords und Regierungsbeamte Frauen vergewaltigt haben, die nie strafrechtlich verfolgt wurden. In einem Fall wurde die betroffene Frau sogar getötet, als sie versuchte, die Vergewaltigung öffentlich zu machen. In den zahlreichen Fällen von Gruppenvergewaltigung versagt das Rechtssystem ohnehin. Obwohl 2009 ein Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW) verabschiedet wurde, gilt es nur auf dem Papier. Selbst wenn Familien eine Strafverfolgung versuchen, werden sie in der Regel abgewiesen. In anderen Fällen werden Frauen zur Heirat mit ihrem Vergewaltiger gezwungen oder kommen ins Gefängnis, wenn sie versuchen zu fliehen. Hinzu kommt, dass viele Regionen de facto von Warlords oder den Taliban kontrolliert werden, Zentralregierung und nationale Gesetzgebung sind hier wirkungslos.

Ende Oktober 2015 wurde in der Provinz Ghor die 19-jährige Rokhshana dafür zu Tode gesteinigt, dass sie von zu Hause weggelaufen war, um einer Zwangsverheiratung zu entgehen. Ein anderes Beispiel ist der Lynchmord an Farkhunda: Im März 2015 wurde die 27-Jährige in Kabul mitten auf der

Straße von einem aufgebracht Mob misshandelt und getötet. Sie wurde getreten, geschlagen, vom Dach gestoßen, verbrannt und mit dem Auto überfahren. Nur wenige Minuten zuvor hatte ein Amulett-Verkäufer vor einer nahegelegenen Moschee sie fälschlich beschuldigt, den Koran verbrannt zu haben. Farkhunda war sehr religiös und hatte sich dem Studium der Religion gewidmet. Ohne jegliche Gelegenheit, die Anschuldigungen überhaupt zu prüfen, wurde sie unter den Augen der Polizei vom Mob gelyncht. Aufgrund der Beteiligung vieler zufällig anwesender Männer an den Gewaltexzess wurde Farkhunda zum Symbol für den Schmerz, aber auch den Protest der Frauen in Afghanistan.

Frauen sind auch den allgemeinen Bedrohungen ausgesetzt, die für die Zivilbevölkerung in Afghanistan bestehen. Immer wieder gehörten Frauen und Mädchen zu den zivilen Opfern der Luftbombardierungen des US-Militärs. Auch als Ende 2015 der IS eine 7-köpfige Reisegruppe entführte und enthauptet, waren darunter zwei Frauen und ein 9-jähriges Mädchen.

Westliche Interventionsstaaten behaupten gerne, dass Frauen nun mehr Rechte und Mädchen Zugang zu Bildung erhalten hätten. Für Kabul und einige wenige andere Städte mag das gelten. Jedoch bleiben Schulen für Mädchen auf dem Land, wo die große Mehrheit der Bevölkerung lebt, häufig weiterhin geschlossen. Auch wenn es geöffnete Schulen gibt, wird dort ein Schulbesuch oft als zu gefährlich eingeschätzt. Denn nicht zuletzt bedrohen und zerstören die Taliban in zunehmendem Ausmaß Schulen in den Gegenden, die sie kontrollieren.

# Zwischen absoluter Armut und maßloser Korruption Eine Bilanz der NATO-Intervention

von Hafiz Rasikh, SPA

Im Namen von Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten haben die USA und ihre Verbündeten 2001 Afghanistan okkupiert. Nach 14 Jahren Besetzung müssen wir feststellen, dass sich die Situation in Afghanistan in vielerlei Hinsicht eher verschlechtert als verbessert hat. Heute herrscht in mindestens 25 der 34 Provinzen ein kriegsähnlicher Zustand. Terroranschläge haben in Häufigkeit und Ausmaß zugenommen. Und auch politisch haben wir es heute wieder mit einem fundamentalistischen (islamistischen) Regime zu tun. Das war zwar nicht das intendierte Ziel der Intervention, doch haben sich die NATO-Kräfte zur Umsetzung ihrer eigenen strategischen Belange auf fundamentalistische Gruppen gestützt und diesen damit zur Macht im Regime verholfen.

Unter den Augen der internationalen Besatzer hat sich Afghanistan zu einem der größten Drogenproduzenten weltweit entwickelt; 90% des Rohstoffs der weltweiten Heroinproduktion stammt aus dem Mohnanbau afghanischer Bauern. Jedoch ist das Opium nicht nur zum Export bestimmt: In Afghanistan selbst gibt es derzeit ca. 3 Mio. Drogenabhängige – bei einer Bevölkerung von rund 30 Mio. Obwohl 104 Mrd. US-Dollar an internationalen Aufbaugeldern ins Land geflossen sind, hat sich auch die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung eher verschlechtert als verbessert. Über 8 Millionen – vor allem junger – Menschen sind arbeitslos. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt weniger als einen US-Dollar pro Tag. Diese Armut und die empfundene Ausweglosigkeit bewegen die Menschen dazu, das Land zu verlassen. Hier liegt die Ursache der Fluchtbewegung aus Afghanistan in Richtung Europa.

Die Hilfsgelder erreichen die Bevölkerung nicht, da sie von den internationalen Gebern direkt in die Taschen der Fundamentalisten und NRO-Mafias wandern. Über millionenschwere Scheinprojekte werden Hilfsgelder privatisiert. Zum Beispielsind die offiziellen Angaben über die Zahl der angestellten Polizisten künstlich erhöht, um Kommandeure und lokale Warlords mit zusätzlichen Mitteln zu versorgen. Ein anderes Projekt sollte den Aufbau hunderter Schulen finanzieren, gebaut wurden diese Schulen jedoch nie. Über 100 Mio. Dollar Hilfsgelder flossen in ein Infrastrukturprojekt zur Verbesserung der Wasserversorgung im Land, doch konnten die Auftragnehmer von diesem Geld nicht einmal die Wasserversorgung in Kabul gewährleisten. Der ehemalige Innen- und spätere

Hafiz Rasikh, November 2015. Foto: I.Mandala



Verteidigungsminister Bismillah Khan Mohammadi strich 80 Mio. Afghanis (1,2 Mio. Euro) deutscher Hilfsgelder ein, um Ziegenkötter als Düngemittel für ganze 100 qm Rasenfläche seines Ministeriums zu kaufen. Als Verteidigungsminister hat Bismillah auch Waffeneinkäufe abgewickelt, bei denen er pro Waffe einen Preis von 4000 US-Dollar abrechnete. De facto ließ er gebrauchte Waffen für 500€ in Pakistan kaufen. Als die Waffen in Kunduz ankamen, stellten sie sich als funktionsuntüchtig heraus.

Diese maßlose Selbstbereicherung der Eliten kann den Amerikanern und den anderen NATO-Staaten in all den Jahren nicht entgangen sein, doch sie haben sie in Kauf genommen, um sich

selbst vor Ort als einflussreiche „Partner“ zu etablieren. Ein Großteil der afghanischen Bevölkerung hat inzwischen aber erkannt, dass die NATO-Staaten letztendlich Eigeninteressen verfolgen und keinesfalls für den Fortschritt unseres Landes da waren bzw. sind. Darum sind die NATO-Kräfte mit verschiedenen Formen von Widerstand und Protest konfrontiert. Die Menschen erleben hautnah, wie die Bombenangriffe der USA eher Zivilisten, Schulen und Familienfeiern treffen, während sich Taliban und IS-Kräfte unter der Kontrolle der Interventions-Kräfte immer weiter ausbreiten konnten. Doch finden solche Stimmen aus der afghanischen Bevölkerung in den internationalen Medien kaum Gehör.

## PUBLIKUMSFRAGE

### Wie steht ihr zu der Rolle von internationalen Nicht-Regierungsorganisationen in Afghanistan?

Die internationale Hilfsmaschinerie folgt immer auch den außenpolitischen Prioritäten der Hauptgeberländer. In der afghanischen Bevölkerung gibt es seit Jahrzehnten unsagbar viel Leid, unzählige Witwen und Waisen ohne jegliche Versorgung; doch vor dem 11. September 2001 hat sich dafür so gut wie keine internationale NRO interessiert. Erst danach kamen die internationalen NROs in Scharen und mit ihnen die Hilfsgelder, die Afghanistan zu einem der korruptesten Länder der Welt gemacht haben.

In diesem Zusammenhang sind verschiedene Praktiken und Effekte zu kritisieren: Zum einen verursachen die vergleichsweise hohen Gehälter, die internationale NROs an ihre afghanischen Mitarbeiter\*innen zahlen, eine große Einkommensdifferenz innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Außerdem wird die Umsetzung von Hilfsprojekten, insbesondere außerhalb von Kabul, kaum vor Ort kontrolliert. Die meisten aus dem Ausland kommenden Mitarbeiter\*innen von

Regierungs- und Nichtregierungs-Hilfsorganisationen können die ummauerten und bewachten Gelände ihrer Niederlassungen aufgrund ihrer Sicherheitsbestimmungen nicht verlassen. Darum existieren viele Projekte letztendlich nur auf Papier. Auch erzeugen diese NROs unserer Ansicht nach ein völlig falsches Bild für die internationale Gemeinschaft: Sie vermitteln einen Eindruck, dass in Afghanistan ein Aufbau stattfindet, dass den Menschen Rechte und Freiheiten zuteil würden, dass Frauenrechte gewährleistet seien, dass Geld und Arbeitsplätze vorhanden wären. Indem diese NROs im internationalen Kontext nun für die afghanische Zivilgesellschaft stehen, wird diese letztendlich nur durch Akteure repräsentiert, die der Politik der internationalen Staaten zustimmen. Viele der afghanischen NRO-Direktor\*innen haben in den USA studiert und sollen jetzt als Vorzeigepersonen dafür dienen, dass demokratische Kräfte im Land erfolgreich aufgebaut wurden.

**MARIAM RAWI**

# Frieden statt Gerechtigkeit?

## Die verhinderte Aufarbeitung der Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen seit 1978

von Weeda Ahmad, SAAJS

Nach dem Ende der Taliban-Herrschaft formierte sich in den Jahren 2001 bis 2005 eine Menschenrechtsbewegung in Afghanistan, die als zentrale Forderung eine umfassende Aufarbeitung aller schweren Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der letzten Jahrzehnte stellte. Politisch bezieht sich diese Bewegung in weiten Teilen auf die Forderung eines Prozesses der Transitional Justice, d.h. einer systematischen kollektiven Aufarbeitung der Vergangenheit. Mit dieser Forderung knüpft die afghanische Menschenrechtsbewegung an Erfahrungen anderer Länder wie Chile, Guatemala, Ruanda und Südafrika an, die ebenfalls herausgefordert waren, gesellschaftliche Erfahrungen jahre- oder jahrzehntelanger Diktaturherrschaft aufzuarbeiten. Auch wenn keiner dieser Transitional-Justice-Prozesse als gänzlich gelungen angesehen werden kann, sind doch wichtige Errungenschaften erzielt worden: So gab

es Bemühungen zur Anerkennung der Leiden der Opfer und zu deren Entschädigung sowie zur Strafverfolgung und Verurteilung von Tätern.

Von staatlicher Seite aus wurde 2002 die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (Afghan Independent Human Rights Commission, AIHRC) gegründet, deren Aufgabe es sein sollte, die Menschenrechte zu schützen und ihre Achtung zu beaufsichtigen. Die Kommission sah es als eine ihrer ersten Aufgaben an, festzustellen, welche Form von Transitional Justice dem Willen der Bevölkerung entspräche. Als Ergebnis der Bevölkerungsbefragung wurde der „Aktionsplan für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung“ entwickelt, dem Parlament und Regierung später auch zustimmten. In Zuge dieses Aktionsplans beauftragte die AIHRC eine Gruppe von afghanischen und ausländischen Menschenrechtlern mit einer umfassenden Kartierung der Menschenrechtsverletzungen. Die Erhebungen sollten im Jahr 2009 abgeschlossen sein und 2011 als Bericht veröffentlicht werden.

Doch wurde letztendlich jegliche ernsthafte Bemühung, die Vergangenheit aufzuarbeiten, dadurch verhindert, dass dieselben Personen, die für die Verbrechen von damals verantwortlich waren, nun selbst wieder an der Macht waren. Sowohl das Parlament als auch die Regierung bestanden zu einem Großteil aus diesen Verbrechern. Fast alle Regierungsmitglieder waren in den letzten Jahrzehnten auf die eine oder andere Weise an Menschenrechtsverbrechen beteiligt. Jenes Parlament beschloss 2008 ein allgemeines Amnestiegesetz. In diesem Gesetz ist festgeschrieben, dass jedem, der seine Waffen bei der Regierung

Weeda Ahmad, November 2015. Foto: I.Mandala





Gedenkveranstaltung der SAAJS auf dem Polygonfeld neben dem Pul-e Chakri Gefängnis, Dezember 2013. Foto: SAAJS

abgibt, Straffreiheit für alle von ihm begangenen Verbrechen garantiert wird. Nun gilt dieses Gesetz, obwohl es internationalem Recht widerspricht, so z.B. dem Römischen Statut der UN, welches der Afghanische Staat ratifiziert hat.

Zu ungefähr derselben Zeit legte die Expertengruppe der AIHRC ihre Rechercheergebnisse vor, 800 Seiten soll dieser Bericht umfassen. Doch seine Veröffentlichung wurde von der afghanischen Regierung mit US-Rückendeckung verhindert. Zwar war zu dieser Zeit der gesellschaftliche Druck der Familien der Opfer, bzw. der Geschädigten sehr stark. Mit lautstarken Protesten forderten sie Untersuchungsergebnisse ein. Doch wurden die gesamten Untersuchungen mittlerweile eingestellt. Von staatlicher Seite spricht keiner mehr darüber, auch zur Aufarbeitung der Verbrechen wird nichts mehr unternommen. Der „Aktionsplan für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung“ wurde nicht umgesetzt und gilt nun aufgrund eines festgelegten Zeitplans für die einzelnen Projekte als ausgelaufen.

Anstatt der gesellschaftlichen Forderung nach Aufarbeitung nachzukommen, wurde so das System der Straflosigkeit für schwere Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gefestigt. Im Jahr 2010 wurde auf der Basis des Amnestiegesetzes ein Verhandlungs- und Versöhnungsprozess mit

den Taliban und anderen bewaffneten islamistischen Anti-Regierungsorganisationen eingeleitet. Die Taliban und die Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar sollen an der Regierungsmacht beteiligt werden. Maßnahmen der Transitional Justice wurden aus diesem Verhandlungsprozess ausgeklammert. Stattdessen lautet die Hauptdevise der jetzigen afghanischen Regierung „Frieden“. Wenn wir nur Frieden mit den Taliban schließen, so das Versprechen, wird sich die allgemeine Lage verbessern und das Land prosperieren. Hierzu wurde der Hohe Friedensrat ins Leben gerufen, der von uns aber eher als taktisches Ablenkungsmanöver angesehen wird. Denn in diesem Hohen Friedensrat sitzen wieder nur jene, die die Verbrechen der letzten vier Jahrzehnte zu verantworten hätten. Rhetorisch präsentieren sie sich natürlich mit den richtigen Begriffen und betonen ihren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung. Doch all das sind nichts als leere Versprechen, reine Worthülsen ohne jegliche Konsequenz.

Dagegen wird allen denjenigen, die heute noch über die Verbrechen der Vergangenheit sprechen, vorgeworfen, den Frieden zu gefährden. Jedoch lautet die Parole der Familien der Opfer und eines Großteils der Bevölkerung Afghanistans nach wie vor, dass wir nicht bereit sind zu vergessen und zu vergeben.

# Ein neuer Anfang?

## Afghanistan nach dem offiziellen Abzug der internationalen Truppen

von Hadi Marifat, AHRDO

Zum Jahresende 2014 übergab die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) offiziell die Sicherheitsverantwortung an die Afghanische Nationalarmee und die ISAF-Mission wurde durch Rolute Support ersetzt. Die internationalen Truppen wurden von etwa 60.000 im Jahr 2014 auf 13.000 Soldaten reduziert. Jedoch bleiben mindestens vier US-Militärstützpunkte in Kabul, Kandahar, Bagram und Jalalabad auf unbestimmte Zeit bestehen. Trotzdem sollte dieser offizielle Abzug für Afghanistan ein wichtiger Schritt in Richtung Unabhängigkeit sein. Seither hat das Land verschiedene Übergangsprozesse durchlaufen: einen sicherheitspolitischen, einen politischen sowie einen wirtschaftlichen.

### Der sicherheitspolitische Übergang

*„Wenn dein Feind ein Fuchs ist, behandle ihn, als ob er ein Löwe wäre.“*

*Afghanisches Sprichwort*

Ich halte dies für den herausforderndsten Übergangsprozess. Doch bevor ich mich den Problemen zuwende, möchte ich mit einer positiven Feststellung beginnen: Obwohl sie unter enormen Druck stehen, geben die afghanischen Sicherheitskräfte ihr Bestes, um Bürger\*innen in Afghanistan zu schützen. Jedoch ist ihre Durchsetzungskraft begrenzt und trotz ihrer Bemühungen wächst die Zahl der zivilen Opfer jeden Tag. Ein aktueller UN-Bericht besagt, dass 2015 mit 11.002 zivilen Opfern (3.545 Toten und 7.457 Verletzten) das blutigste Jahr für Afghanistan seit Beginn der UN-Erhebung der Opferzahlen 2009 war.

Als die internationalen Truppen das Land verließen und die Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte übertrugen, taten sie dies übereilt und ohne jeglichen Plan. Vor dem Abzug waren während der Hochphase 2011/2012 über 150.000 Personen starke internationale Truppen in Afghanistan stationiert, mit mindestens 26 Provincial Reconstruction Teams. Der plötzliche Abzug und die damit verbundene Reduktion der internationalen Truppen führte in vielen Provinzen zu ernsthaften Sicherheitslücken. Aufständische Gruppierungen konnten von diesem Machtvakuum profitieren und ihre territoriale Kontrolle ausbauen. In vielen Regionen verschärfte sich die Konfliktsituation. Im Jahr 2015 gelang es den Taliban, eines der großen und strategisch wichtigen Zentren in der nordöstlichen Provinz Kunduz zeitweise einzunehmen. Zuvor waren hier deutsche Truppen stationiert und die Region galt als relativ stabil. In anderen Regionen, besonders in der östlichen Provinz Nangahār, an der Grenze zu Pakistan, gewann der Islamische Staat an Einfluss.

Um jeglichem Missverständnis vorzubeugen: Ich argumentiere sicherlich nicht für eine längere militärische Präsenz internationaler Truppen im Land, doch hätte die internationale Gemeinschaft andere Formen von Partnerschaft und Engagement aufrecht erhalten sollen. Stattdessen verlagerte sich die internationale Aufmerksamkeit nach Syrien und in den Irak, ohne dass die Probleme in Afghanistan gelöst worden wären. Nach 14 Jahren Intervention haben sie plötzlich entschieden: „Dies ist nicht unser Krieg, das ist eurer Krieg!“

Da die internationale Truppen heute keine Kampftruppen mehr haben, sind Drohnen zur Waffe ihrer Wahl geworden. Infolgedessen haben in vielen Teilen Afghanistans, vor allem im Osten, Drohnenangriffe zugenommen. Diese Angriffe haben bereits viele zivile Opfer gefordert.

## Der politische Übergang

*„Die Scheiße von zwei Menschen würde auch kein Hund essen.“*

*Afghanisches Sprichwort*

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ging 2014 die Macht friedlich von einem „demokratischen“ Regime zu einem nächsten über. Obwohl die Präsidentschaftswahl von relativ wenigen Fällen von Gewalt begleitet war, wurde der Wahlprozess von Betrugsvorwürfen zwischen den politischen Lagern der beiden Stichwahlkandidaten Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah überschattet. Durch das (erneute) Eingreifen der internationalen Gemeinschaft, vor allem des US-Außenministers John Kerry, wurde eine Machtteilung zwischen beiden Kandidaten ausgehandelt und unterzeichnet. Die Vereinbarung erklärte Ghani zum Präsidenten und Abdullah zum Chief Executive des Landes – ein Posten der in der Verfassung nicht vorgesehen ist und für diese Situation neu geschaffen wurde. Trotz alledem waren die Wahlen und der Machtwechsel eine vergleichsweise positive Erfahrung, die vielen Afghan\*innen Hoffnung machte. Inzwischen ist diese Hoffnung weitestgehend geschwunden, denn die sogenannte „Nationale Einheitsregierung“ ist alles andere als einig, sondern befindet sich im ständigen Machtkampf zwischen den Lagern um Ghani und Abdullah. So ist die Regierung zum Beispiel bis jetzt unfähig, sich auf einen Kandidaten für den Verteidigungsminister zu verständigen – obwohl dieser Posten für ein Land im Kriegszustand besonders wichtig erscheint. Ebenso wurden andere Schlüsselpos-

„Vor zwei Wochen wurde ein enger Freund, ein Journalist, bei einem gezielten Anschlag im östlichen Teil Afghanistans getötet.“

**NIK MOHAMMED**

„Vor zwei Jahren gelangte einer meiner Kindheitsfreunde und ein Mitglied unserer Organisation endlich nach Australien, nachdem er zwei Jahre in einem Flüchtlingslager festgehalten worden war. Heute arbeitet er als Bauarbeiter.“

**HADI MARIFAT**

„Vor drei Jahren hat ein Mitglied unserer Organisation AHRDO bei einem Taliban-Anschlag in Kabul ihren Ehemann verloren.“

**HJALMAR JOFFRE-EICHHORN**

„Im vergangenen Jahr hat eines der Gründungsmitglieder unserer Organisation Afghanistan verlassen, weil er für seine neugeborene Tochter keine Zukunft sah.“

**NIK MOHAMMED**

„Im vergangenen Jahr wurde eine meiner guten Freundinnen, eine Frauenrechtsaktivistin, bei einem gezielten Angriff in Süd-Afghanistan getötet.“

**HADI MARIFAT**

„Vor sechs Jahren wurde eines der Gründungsmitglieder von AHRDO und der Hauptdarsteller in unserem Stück, das durch ganz Afghanistan tourte, in Europa Asyl gewährt, nachdem er in Afghanistan fast zu Tode geprügelt worden war. Heute arbeitet er in einem Restaurant.“

**HJALMAR JOFFRE-EICHHORN**

ten, einschließlich einiger Provinz-Gouverneure, noch nicht besetzt. Auch hat die Nationale Einheitsregierung eine überfällige Reformierung des Wahlsystems behindert: Seit 2004 hatten wir drei Präsidentschafts- und zwei Parlamentswahlen, deren Glaubwürdigkeit jedes Mal in Frage gestellt wurde. Bei den Wahlen 2014 hatten die Betrugsvorwürfe einen Höchststand erreicht, dennoch hat die Regierung seitdem keine Schritte unternommen, um das Wahlrecht und die Wahlinstitutionen zu reformieren und um künftig transparentere Wahlen zu ermöglichen. Ich betone das, weil die Menschen in Afghanistan 2014 ein echtes Interesse an den Wahlen gezeigt haben. Die Leute haben große Anstrengungen auf sich genommen, um ihre Stimme abzugeben. Aus abgelegenen Dörfern haben sie sich per Esel oder zu Fuß auf den Weg zu den Wahllokalen gemacht. In manchen Fällen wurden Menschen, die ihre Stimme abgegeben hatten, von den Taliban der (Stimm-) Finger abgeschnitten. Trotz all diesen Gefahren sind die Menschen wählen gegangen und haben dabei an das Versprechen geglaubt, dass ihre Stimme etwas bewirken würde, aber letztendlich wurden sie enttäuscht.

Hadi Marifat, Februar 2016. Foto: I.Mandala



## Der wirtschaftliche Übergang

*„Wenn du kein Essen auf dem Tisch hast, brauchst du dir auch nicht dreimal am Tag die Zähne putzen.“*

*Afghanisches Sprichwort*

Die ökonomische Hoffnung des Landes liegt in seiner Zukunft als Energiedrehscheibe. Sie besteht darin, die geographische Nachbarschaft zu zentralasiatischen Ländern wie Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan strategisch auszunutzen, die über reiche, weitgehend unerschlossenen Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügen. Die TAPI-Pipeline ist eines der aktuellen Großbauprojekte für den Transport von Erdgas aus Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan und Indien, das als Win-Win-Lösung für alle beteiligten Länder gepriesen wird. In Afghanistan hoffen einige, dass solche Entwicklungsprojekte endlich die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen werden. Aber all das ist Zukunftsmusik.

Derzeit sind fehlt es den Menschen an (bezahlten) Arbeitsmöglichkeiten, wobei sich dieses Problem mit dem Abzug der internationalen Truppen verschärft hat. Zuvor hatten viele Afghan\*innen in den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen, die rund um die Präsenz der internationalen Truppen in Afghanistan entstanden sind, Arbeit gefunden. Internationale humanitäre NROs waren ein weiterer wichtiger Arbeitgeber (der manchmal sogar gut bezahlt hat). Doch mittlerweile haben auch die meisten dieser internationalen NROs Afghanistan verlassen. Der ganze Zirkus ist an andere Orte wie Syrien, Irak und Libyen weitergezogen, die nun als wichtiger gelten.

Ein weiterer fataler Wirtschaftsfaktor sind die Einschnitte bei der Entwicklungshilfe. Um die Bedeutung dieser Gelder an Zahlen zu veranschaulichen: Der afghanische Entwicklungshaushalt ist zu 100% auf internationale Hilfe angewiesen, im gesamten Staatshaushalt machen internationale

Hilfsgelder 30-40% aus. Das bedeutet, dass eine so plötzliche und drastische Reduktion der Entwicklungshilfe sich unmittelbar auf den gesamten Wirtschaftssektor auswirkt. Mit der Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft wanderten diese Gelder nun auch aus Afghanistan in andere Regionen weiter. Die Menschen merken nun, dass im eigenen Land keine weitere Entwicklung stattfindet. Sie sind frustriert und verlieren allmählich die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Perspektive. Wer es sich irgendwie leisten kann, verlässt das Land.

Ein anderes Problem stellt der große illegale Sektor der afghanischen Wirtschaft dar, der überwiegend von Milizen kontrolliert wird. Die Taliban allein verdienen jährlich rund 450 Mio. US-Dollar mit Drogenproduktion und Menschenhandel. So produziert und befeuert der Drogenhandel den Konflikt im Land. Auch außerhalb der Drogen-geschäfte werden weite Teile der afghanischen Wirtschaft von Mafia-ähnlichen Organisationen kontrolliert. Zugleich scheint es an jeglichem politischen Willen zu fehlen, dieses System der illegalen Geschäftemacherei und Korruption zu bekämpfen.

Was bedeutet all das für das Leben gewöhnlicher afghanischer Bürger\*innen? Die Menschen haben Angst, sie sind desillusioniert und wütend. Angst haben sie aufgrund der mangelnden wirtschaftlichen Perspektive und der fehlenden Sicherheit im Land. Sie sind desillusioniert von der gesamten Idee der Demokratie und von der Demokratisierung, wie sie sie als Prozess in den letzten 15 Jahren in Afghanistan erlebt haben. Man hatte ihnen vermittelt, dass ihre Stimme zählen würde und dass das System der Demokratie dem Land einen wirklichen Wandel bringen könnte. Aber all das war nicht der Fall. Natürlich sind die Menschen auch wütend. Sie sind wütend über die ausgeprägte, ungebrochene Kultur der Straflosigkeit und die ausbleibende Gerechtigkeit. Die Leute sind

**Die Bundesregierung plant, Geflüchtete nach Afghanistan abzuschicken, da die Situation im Land als „hinreichend sicher“ eingestuft wird. Aber wie „sicher“ ist Afghanistan aus Eurer Perspektive, sicher genug um Geflüchtete zurück zu schicken?**

In fast jeder der 34 Provinzen herrscht eine Form von Krieg. Ich kann daher nicht nachvollziehen, wie jemand die Lage als „sicher“ bezeichnen könnte. Möglicherweise gibt es kleine Gebiete, vor allem um die Hauptstadt Kabul, die als relativ sicher betrachtet werden können, da dort keine direkten Angriffe stattgefunden haben. Allerdings müssen sich Menschen bewegen, sie müssen einkaufen oder ins Krankenhaus gehen. Und diese Wege sind alles andere als sicher. Die Möglichkeiten, innerhalb des Landes zu reisen, sind noch beschränkter. Darum war ich, um ein persönliches Beispiel anzuführen, seit nunmehr sechs Jahren nicht mehr in meiner Heimatstadt.

**HADI MARIFAT**

wütend, weil die Möglichkeiten der Meinungsfreiheit im Land zunehmend eingeschränkt werden, obwohl unsere Staatsvertreter auf der internationalen Bühne eine Erfolgsgeschichte verkaufen. Unsere Meinungsfreiheit wird ständig bedroht und angegriffen. Im Januar 2016 wurde der populäre Fernsehsender Tolo TV in Kabul von einem Selbstmordattentäter angegriffen: 7 Journalisten wurden an einem Tag getötet und Dutzende verletzt. Offen

## PUBLIKUMSFRAGE

**Inwieweit ist die Bewegung in Afghanistan von Bewegungen in anderen Ländern inspiriert, insbesondere durch den arabischen Frühling? Welche politischen Lehren zieht ihr aus den Erfahrungen dieser Bewegungen?**

Die sozialen Medien haben einen großen Einfluss auf die Menschen in Afghanistan. Vor allem die jüngere Generation ist auf Twitter, Facebook und in anderen sozialen Netzwerken aktiv. Rund 3 Millionen Facebook- und Twitter-Nutzer sind in Afghanistan registriert. Der sogenannte arabische Frühling war sicherlich eine wichtige Inspiration, aber mittlerweile ist er auch zum historischen Beispiel geworden, aus dem wir lernen können. Die Entwicklungen in Ländern wie Ägypten oder Syrien hat die afghanische Jugend Vorsicht gelehrt: Es reicht nicht, einen afghanischen Frühling zu organisieren, vielmehr müssen auch die Nachwirkungen eines solchen Aufstandes berücksichtigt werden. Was würden die Milizen tun, wenn es ihnen gelänge, die Regierung zu stürzen? Was, wenn sie den Augenblick nutzen und die Macht übernehmen? Diese neue Generation hat in ihrer Jugend das Taliban-Regime erlebt, und im Vergleich dazu mag die derzeitige Regierung trotz allem zu bevorzugen sein.

**HADI MARIFAT**

kritische Künstler\*innen wie Kubra Khademi mussten das Land verlassen, da die Drohungen gegen ihren Aktivismus und ihr Leben zu massiv geworden sind. Nicht zuletzt sind die Menschen auch wütend und besorgt über die Zurücknahme bereits errungener Frauenrechte. Im Bereich der Frauenrechte konnten in den letzten 15 Jahren einige Erfolge erzielt werden, jedoch zeichnet sich in den jüngsten Entwicklungen eine Umkehrung dieses Prozesses ab: Die Gewalt gegen Frauen steigt wieder an.

Trotz all dieser negativen Aussichten möchte ich mit einem vorsichtig hoffnungsvollen Ausblick schließen: Ich sehe eine neue Generation junger afghanischer Männer und Frauen heranwachsen, die nicht länger bereit sind, all die Ungerechtigkeit, Verelendung und das Leid hinzunehmen. Sie streben danach, ihr Leben selbst zu gestalten, und nach einer selbstbestimmten Zukunft. In zahlreichen Städten des Landes gingen sie 2015 massenhaft auf die Straße. Am 11. November 2015 nahmen an einer dieser Demonstrationen in Kabul zwischen 800.000 und 1 Mio. junger Afghan\*innen teil. Anlass war die Enthauptung einer siebenköpfigen Reisegruppe, die der schiitischen Hasara-Minderheit angehörte, durch den IS. Damals war über Nacht eine kleinere Gruppe von Trauernden zu einer Massendemonstration angewachsen, in der Menschen aller ethnischen Gruppen zusammenkamen und zum Präsidentenpalast marschierten. Sie verurteilten IS, Taliban und die Regierung gleichermaßen. Diese neue Generation hinterfragt die aktuelle politische, soziale und wirtschaftliche Lage und ist bereit, für Veränderungen einzustehen. Das stimmt uns hoffnungsvoll. Einige Leute haben sogar begonnen, von einem afghanischen Frühling zu sprechen.

---

1 In einer ihrer öffentlichen Kunstperformances spazierte Kubra Khademi in einer Eisenrüstung mit expliziten Busen- und Gesäß-Ausformungen durch Kabul, um gegen sexuelle Belästigung protestieren.



# Politische Basisbewegungen in Afghanistan

# RAWA

## Revolutionary Association of the Women of Afghanistan

von Mariam Rawi

Die Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) wurde 1977 von Meena, einer Jurastudentin an der Universität von Kabul, gegründet. Unsere Organisation ist die erste und einzige dezidiert politische Frauenrechtsorganisation in der Geschichte Afghanistans. Wir gehen davon aus, dass Frauenrechte nur in einem unabhängigen und demokratischen Afghanistan mit einem säkularen staatlichen System verwirklicht werden können. Nur in solch einem Land können die Menschen gleiche Rechte genießen, die für alle ethnischen oder religiösen Gruppen und für alle Minderheiten gelten. RAWA hat darum immer einen klaren Standpunkt gegen die fundamentalistischen (islamistischen) Kräfte ebenso wie gegen die Besatzung vertreten. Als eine der ersten progressiven Gruppen trat RAWA offen gegen die sowjetische Besatzung ein, ebenso gegen das anschließende fundamentalistische Regime und gegen die Taliban, die jenes fundamentalistische Regime fortsetzten. 2001 hat RAWA die „internationale Gemeinschaft“ deutlich vor der Zusammenarbeit mit der Nordallianz gewarnt und nach der Bildung der Übergangsregierung gegen diese protestiert.

Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit besteht in der Dokumentation von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen. Bereits in den Jahren 1992 bis 1996 wie auch während der folgenden Herrschaft der Taliban hat RAWA Dokumentationsmaterial über die Verbrechen dieser fundamentalistischen Regimes gesammelt. Fotografieren oder Videoaufnahmen waren damals generell verboten und es kamen kaum internationale Journalisten ins Land. Darum haben wir unser Material internatio-

nal zugänglich gemacht. Für die Aufnahmen gingen Mitglieder unseres Dokumentationskomitees hohe Risiken ein. Oft unter dem Schutz der Burka dokumentierten sie die grausamen Bestrafungsformen und andere abscheuliche Gräueltaten des Taliban-Regimes. Unter großen Gefahren wurde 1999 zum Beispiel ein Video von der öffentlichen Hinrichtung einer Frau namens Zarmeena aufgenommen.

Über die Verbrechen aus der Zeit der Regierungsmacht der Mujaheddin-Organisationen (1992 bis 1996) haben wir 2012 ein Buch herausgegeben.<sup>1</sup> Darin sind Verbrechen der Organisationen dokumentiert, die später die Nordallianz bildeten und

---

<sup>1</sup> Der Titel lautet: „Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years“. Jehadis ist eine alternative Bezeichnung für die Mujaheddin-Organisationen.

### PUBLIKUMSFRAGE

**Wenn ihr Kriegsverbrechen dokumentiert, schließt das auch die der deutschen Truppen in Afghanistan ein?**

Im September 2009 kamen durch einen Luftangriff der deutschen Bundeswehr bei Kundus 142 Menschen ums Leben, vornehmlich Zivilisten. Wir haben vor Ort versucht, die Familien der Opfer zu kontaktieren und sie zu mobilisieren. So haben wir eine Liste mit den Namen der Opfer zusammengestellt.

**MARIAM RAWI**

2001 von den USA zu ihren Verbündeten im Interventionskrieg gemacht wurden. Bis heute sammeln wir Berichte, Dokumente und Interviews von den Opfern lokaler Warlords, des internationalen Militärs oder den mörderischen Attentaten der Taliban oder des IS. Viele dieser Berichte legen detailliert dar, wie heutige Regierungsmitglieder und Warlords in diese Verbrechen involviert sind. Viele dieser Details und Verstrickungen wären sonst nie aufgedeckt worden. Die Dokumentation der Verbrechen soll unter anderem als Grundlage für eine spätere Strafverfolgung dienen können. Unsere Arbeit setzt aber bewusst auch an der gesellschaftlichen Basis an. Dabei liegen unsere Schwerpunkte auf der politischen Bildung und auf sozialer Hilfeleistung für bedürftige Frauen und Kinder. Diese sozialen Programme mussten wir in den letzten Jahren jedoch aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten weitestgehend einstellen. Zuvor haben wir Waisenhäuser, Schneider-Werkstätten und andere Kooperativen betrieben, die Frauen zugleich eine Zufluchtsstätte boten und ein Einkommen ermöglichten. Auch unter den schwierigsten Bedingungen – Illegalität und Verfolgung, Krieg und Exil – haben wir Bildung für Mädchen und Frauen organisiert und Schulen betrieben. Bildung sehen wir als eine der mächtigsten Waffen an, um Frauen zu erreichen und sie zu stärken, für ihre Rechte einzutreten. Unter den Taliban waren Frauen und Mädchen in ihren Häusern eingesperrt und von Bildung ausgeschlossen. Doch wir haben geheime Schulen betrieben und in den Flüchtlingslagern in Pakistan sogar Schulen mit allen Fächern und 12 Jahrgängen aufgebaut. Viele unserer Kontakte und Beziehungen sind darüber entstanden, dass wir Alphabetisierungskurse durchgeführt haben, in denen Frauen nicht nur Lesen und Schreiben lernen, sondern auch einen offenen Raum hatten, um politisch zu diskutieren und mehr über ihre eigenen Rechte zu erfahren. In diesem Rahmen diskutieren wir auch über Familienstrukturen,



RAWA-Poster für die ermordete Gründerin Meena  
Foto: I. Mandala

gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und über die Regierung. Das kann der Schlüssel zu einer radikalen Gesellschaftsveränderung sein. Bildung ist insofern das Rückgrat der Arbeit von RAWA.

Seit unseren Anfängen geben wir die Zeitschrift Payam-e Zan (Nachrichten der Frauen) heraus. Sie erscheint zweisprachig in Dari und Pashtu. Da RAWA fast immer im Untergrund gearbeitet hat und verfolgt wurde, war die Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift gefährlich. Dennoch halten wir seit bald 40 Jahren an der Herausgabe fest. Die Zeitung wurde im ganzen Land und in den Flüchtlingslagern im benachbarten Pakistan verbreitet und viel diskutiert. Inzwischen gibt es Payam-e Zan auch als Online-Zeitung. Bereits in den 1990er Jahren haben wir angefangen, das Internet zu nutzen. Wir haben eine englischsprachige Website, mit der wir vor allem die internationale Öffentlichkeit erreichen. Dort steht verschiedenes Material zur Verfügung: unsere

politischen Analysen, Informationen über die Arbeit von RAWA, aktuelle Auswertungen der Nachrichten, Gedichte, viele Bilder und auch Videos und eigene Musik zum downloaden. Zahlreiche Texte werden auch in Spanisch, Portugiesisch, Französisch, Italienisch, Deutsch und Japanisch angeboten. Seit 2009 ist RAWA auch auf Facebook und Twitter aktiv.

Aufgrund der schwierigen Sicherheitssituation in Afghanistan können wir kein Büro betreiben oder in irgendeiner Weise offen auftreten. Als Einzelpersonen beteiligen wir uns aber an Demonstrationen, die zum Beispiel von der Social Association of Afghan Justice Seekers oder der Solidaritätspartei Afghanistan organisiert werden. Wir sind davon überzeugt, dass nur ein Aufstand in ganz Afghanistan, der die ethnischen und religiösen Spaltungen im Land überwindet und auf einer Zusammenarbeit aller gesellschaftlicher Gruppen

beruht, zu Stabilität, Frieden, Unabhängigkeit und Demokratie führen kann. Wie andere Bewegungen weltweit begrüßen wir dabei die internationale Unterstützung von Menschenrechts- und Anti-Kriegs-Aktivist\*innen, von progressiven, freiheits- und demokratieliebenden Gruppen aus aller Welt.

Wir sprechen euch an, denn ihr duldet die falsche Politik eurer Regierung nicht und seid dagegen aktiv. Es ist eine entscheidende Frage für uns, wie eure Arbeit auch dazu beitragen kann, dass wir in Afghanistan unsere Ziele umsetzen können. Wir sind überzeugt, dass Demokratie und Frauenrechte nicht durch andere Staaten und Militär von außen, gewissermaßen „als Geschenk“ in ein anderes Land getragen werden können. Es ist unsere Verantwortung, selbst die Lage in unserem Land zu verändern. Doch eure Unterstützung ist wichtig.

## PUBLIKUMSFRAGE

### Unter welchen Bedingungen arbeitet ihr, inwiefern seid ihr und eure Organisationen von staatlicher oder auch nicht-staatlicher Repressionen betroffen?

In der afghanischen Gesellschaft hat jede\*r Regimekritiker\*in mit dem Schlimmsten zu rechnen. Für RAWA-Aktivistinnen ist die Gefahr sogar noch größer, da RAWA eine besonders exponierte Position im Kampf gegen die Besatzung und die Verbrecher in der Regierung eingenommen hat. Darum sind wir gezwungen, im Untergrund zu agieren und uns z.B. durch das Tragen von Schleiern zu tarnen. Außerdem ist RAWA zu so etwas wie einer Marke geworden: Wer sich heute in Afghanistan lautstark gegen die Besatzung ausspricht, wird als RAWA Anhänger\*in gebrandmarkt.

**MARIAM RAWI**

Als SAAJS sind wir ganz offiziell als Organisation registriert, doch stoßen wir bei vielen unserer Aktivitäten auf Schwierigkeiten, gerade wenn es um die Genehmigung von Versammlungen oder Aktionen geht. Mit allen Tricks versuchen z.B. lokale Warlords in den jeweiligen Provinzen, unsere Veranstaltungen zu verhindern. Auch hat der Hohe Friedensrat zum Boykott aller Organisationen aufgerufen, die weiterhin eine Aufarbeitung der Verbrechen der vergangenen Regimes wie auch der heutigen Machthaber fordern. Und natürlich werden wir auch immer wieder bedroht.

**WEEDA AHMAD**

# SAAJS

## Social Association of Afghan Justice Seekers

von Weeda Ahmad

Die Social Association of Afghan Justice Seekers wurde im Jahr 2007 gegründet, um den Familienangehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen eine Stimme zu verleihen. Anlass war die damalige Weigerung der Regierung, jüngst entdeckte Massengräber in den Provinzen Basarstan, Mazar und Kabul untersuchen zu lassen. Statt Aufklärung anzustreben und die gesellschaftliche Aufarbeitung der vergangenen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen voranzubringen, sollte der Fund der Öffentlichkeit gegenüber verschwiegen werden.

Diese Vertuschung wollten einige der Familien der Opfer aber nicht hinnehmen und organisierten in Kabul vor dem Büro der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) eine Kundgebung. Mit Bildern der Opfer auf unseren Postern und Transparenten haben wir unsere Stimme gegen diese Verbrechen und für die Rechte der Opfern von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen erhoben. Damals formulierten wir gegenüber der afghanischen Regierung mehrere Forderungen, alle bleiben bis heute aktuell und stellen den Kern unserer politischen Arbeit dar: Wir fordern die Untersuchung der Massengräber, eine Dokumentation der vergangenen Verbrechen, den Aufbau einer Erinnerungskultur sowie andere Maßnahmen zur Transitional Justice, einschließlich der Strafermittlungen gegen die Verantwortlichen für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Dabei ist uns an einer Aufarbeitung der Verbrechen aus allen Phasen der jüngeren Geschichte Afghanistans gelegen, die für uns die letzten vier Jahrzehnte umfasst.

Als SAAJS leisten wir in verschiedenen Landesteilen Aufklärungsarbeit und initiieren die Gründung lokaler Angehörigengruppen. Dabei dokumentieren wir die Berichte der Familien über die von ihnen erlebten Verbrechen und archivieren Dokumente, damit diese Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten, aber auch als Beweise für zukünftige Strafverfahren. In einem Bündnis von insgesamt 26 afghanischen und internationalen Organisationen, der Transitional Justice Coordination Group (TJCG), haben wir 2010 eine erste landesweite Versammlung von Angehörigen der Opfer durchgeführt. Diese Victims Jirga brachte Vertreter\*innen aller Regionen und Sprachengruppen, verschiedener Geschlechter und ethnischer Zuordnungen zusammen. Die Anwesenden berichteten sich gegenseitig über ihrer Gewalterfahrungen, wobei unterschiedliche Perspektiven gleichermaßen respektiert und das Leid aus den verschiedenen Herrschaftsphasen anerkannt wurden. Dabei definierten die Angehörigen der Opfer gemeinsam, was Gerechtigkeit und Frieden für sie bedeuten.

Plakat von SAAJS mit den Portraits und Namen der Opfer von Kriegsverbrechen. Foto: I. Mandala



Wir organisieren Gedenkfeiern, sichtbare Gedenkkorte, Ausstellungen, Konferenzen und Demonstrationen. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember organisieren wir jedes Jahr Veranstaltungen und Demonstrationen. Inzwischen verfügen wir über mehr als 3000 Fotos von Ermordeten und Verschwundenen, die wir als Gedenk-Galerien an verschiedenen Orten ausstellen. Eine Auswahl der Bilder haben wir zum Beispiel in der Ruine des Darul-Aman-Palastes gezeigt, der im Zuge des Machtkämpfe 1992 zerstört worden ist. In Kabul und Herat haben wir am Straßenrand die Opfergalerien auf langen Leinen in aller Öffentlichkeit aufgespannt. Auch setzen wir die Bilder der Opfer bei unseren Protestaktionen auf Schildern ein. Solche Bilderausstellungen ermöglichen es uns häufig, mit den Familienangehörigen weiterer Opfer in Kontakt zu kommen und unsere Basis zu vergrößern. Dabei ist es uns auch manchmal passiert, dass diese neuen Kontakte zwar keine Bilder ihrer eigenen Angehörigen haben, sich aber dafür einsetzen, Bilder von ermordeten Angehörigen anderen Familien zu sammeln, um uns diese zur Verfügung zu stellen. Als wichtigen Gedenkort haben wir das Massengrab auf dem Polygon-Feld am Stadtrand von Kabul auserkoren. Ganz in der Nähe befand sich

das berüchtigte Pul-e Chakri-Gefängnis. Hier hatte nach dem April-Coup 1978 die sozialistische Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) Zehntausende inhaftiert, die nicht ihrer politischen Linie entsprachen. Die allermeisten der Festgenommenen wurden an Ort und Stelle ohne Gerichtsurteil hingerichtet und mit Bulldozern in Massengräbern begraben. Im Jahr 2013 veröffentlichte die Niederländische Staatsanwaltschaft eine Liste mit annähernd 5000 Namen von Gefangenen, die in den Jahren 1978-79 ermordet wurden.<sup>1</sup> Auch wenn diese Liste nur einen kleinen Anteil der Opfer aus dieser Zeit umfasste, gab es für unzählige Angehörige nach 35 Jahren das erste Mal Gewissheit über den Verbleib ihrer Familienmitglieder.

Immer wieder veranstalten wir auch große Gedenkveranstaltungen. In der Ortschaft Yakolang in der Provinz Bamiyan haben wir rund 2500 Leute zu einer Gedenkfeier versammelt. Damals kamen

---

1 Die Liste stammte aus den niederländischen Ermittlungsunterlagen gegen den Leiter der Abhörabteilung des damaligen afghanischen Geheimdienstes. Auch wenn dieser verstarb, kurz bevor er wegen gewaltsamen Verschwindenlassens und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet und angeklagt werden konnte, veröffentlichte die Staatsanwaltschaft die Liste.

Kranzniederlegung am Ort eines Massakers im Afshar-Bezirk von Kabul, Dezember 2013. Foto: SAAJS





Plakate zum Gedenken an das Yakolang Massaker, aufgehängt in Kabul, Januar 2014. Foto: SAAJS

Familienangehörige der Opfer, deren weitere Verwandtschaft und andere Interessierte zusammen, um eines Massakers unter der Taliban-Herrschaft zu gedenken, bei dem die Taliban binnen eines Tages ungefähr 300 Menschen ermordet hatte. In der Provinz Kunar haben wir anlässlich eines Massakers aus der Zeit des sowjet-abhängigen Regimes, das als „Kerala-Massaker“ bekannt wurde, eine ähnliche Gedenkfeier abgehalten. Bei dem Massaker wurden im Dorf Kerala an einem Tag 1260 Menschen niedergemetzelt, darunter Frauen, Kinder und alte Menschen. Auch bei dieser Gedenkfeier haben wir die lange Namensliste der Opfer öffentlich ausgestellt. Der Befehlshaber dieses Massakers, Sadeq Alamyar, hatte sich in den 1990er Jahren als Asylsuchender in die Niederlande abgesetzt, wurde dort aber im Oktober 2015 verhaftet und wegen seiner Kriegsverbrechen angeklagt.<sup>1</sup>

Wir fordern eine strafrechtliche Aufarbeitung der schwerwiegenden Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der letzten vier Jahrzehnte. Die

Verbrecher von damals und heute müssen vor Gericht gebracht werden. Deshalb fordern wir die Aufhebung des Amnestiegesetzes von 2008 und lehnen den derzeitigen „Friedensprozess“ mit den Taliban ab. Diese Verhandlungen übergehen den Willen der Bevölkerung. Ohne Gerechtigkeit, Menschenrechte und Würde kann es keinen Frieden geben. Gemeinsam mit anderen Opferorganisationen und dem Bündnis TJCG fordern wir, dass die Perspektiven und Forderungen der Opfer der Kriegsverbrechen in die Friedensverhandlungen einbezogen werden. Auch andere gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Frauenorganisationen müssen beteiligt werden. Eine „Friedensvereinbarung“ mit den Taliban würde nur dazu führen, dass zu den Verbrechern, die jetzt bereits in der Regierung sitzen, noch weitere Verbrecher hinzukommen. Einen echten Frieden wird Afghanistan dann niemals sehen.

Die Entfernung von Kriegsverbrechern und Urhebern von schweren Menschenrechtsverbrechen aus hochrangigen Staatsämtern ist eine weitere unserer zentralen Forderungen. Darum rufen wir auf unseren Demonstrationen im Sprechchor: „Demokratie ohne Gerechtigkeit ist gegenstandslos.“

<sup>1</sup> Die niederländische Justiz kennt für die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen keine Verjährung und verfolgt hier die individuelle Anzeige eines der Angehörigen der Opfer aus Kerala. In Afghanistan wäre dieses Verfahren aufgrund des Amnestiegesetzes nicht möglich.

# Hezbe Hambastagi

## Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)

von Hafiz Rasikh

Als Antwort auf die Zustände in unserem Land haben wir als Gruppe progressiver und pro-demokratischer Intellektueller im Jahr 2004 beschlossen, die Solidaritätspartei Afghanistan aufzubauen. Mittlerweile haben wir über 30.000 Mitglieder und sind landesweit in allen Provinzen aktiv. Unser politisches Ziel ist eine Demokratie, die auf Säkularismus beruht, auf der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie aller ethnischen und religiösen Gruppen. Wir wollen ein freies und unabhängiges Afghanistan, in dem die diverse Bevölkerung in Einigkeit zusammenlebt. Wir sind davon überzeugt, dass reale Veränderungen nur durch einen grundlegenden Regimewechsel zu erlangen sind. Wir wollen, dass sich alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu verantworten haben, und fordern den Abzug der USA, der NATO und des gesamten internationalen Militärs. Ebenso bekämpfen wir jede Form des Fundamentalismus und engstirnigen Denkens. Über die Grenzen Afghanistans hinweg stehen wir für die Solidarität mit Befreiungsbewegungen weltweit und sehen es als unsere Pflicht an, die Kämpfe allerer zu unterstützen, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen.

Kundgebung der SPA gegen den Friedensdeal mit Gulbuddin Hekmatyar, September 2016. Foto: SPA



Obwohl wir uns in unseren Anfängen an den Präsidentschaftswahlen 2004 beteiligt haben, lehnen wir inzwischen jegliche Beteiligung am vorherrschenden System ab. Denn solange Warlords, Verbrecher und andere anti-demokratische Kräfte Regierung und Parlament dominieren, sehen wir keine Möglichkeit, echte demokratische Veränderungen auf dem parlamentarischen Weg zu erreichen. Stattdessen setzen wir auf basispolitische Organisation. Neben der Mobilisierung zu Kundgebungen und Demonstrationen setzen wir dabei auf Aufklärungs- und Bildungsarbeit.

Um die tiefen Spuren der Jahrzehnte voller Kriege zu überwinden und den zutiefst reaktionären Entwicklungen im Denken und in der Kultur, die mit dieser Zeit verbunden sind, etwas entgegensetzen, bedarf es einer aufgeklärten Gesellschaft. Im ganzen Land organisieren wir Treffen für unseren Anhänger\*innen, aber auch für allgemein Interessierte. Durch Filmvorführungen oder den Einsatz anderer Medien möchten wir den Leuten kritische Informationen vermitteln. So arbeiten wir darauf hin, den Menschen alternative Perspektiven aufzuzeigen und das gesellschaftliche Bewusstsein zu verändern.

Als Teil unserer politischen Bildungsarbeit ist uns daran gelegen, die düsteren und schweren Tage unserer Geschichte im kollektiven Gedächtnis zu bewahren, bzw. sie überhaupt in der öffentlichen Erinnerung zu verankern. Ein wichtiger solcher Gedenktag ist für uns der 27. April. An diesem Tag im Jahr 1978 übernahm die sowjet-abhängige Demokratische Volkspartei Afghanistan mit einem



Demonstration der SPA am Internationalen Tag der Solidarität mit Kobane, 1. November 2014 in Herat. Foto: SPA

Staatsstreich die Macht. Als weiterer wichtiger Gedenktag steht der 28. April für die Machtübernahme der Mujaheddin im Jahr 1992.

Am 7. Oktober demonstrieren wir jedes Jahr anlässlich der Invasion und Besetzung Afghanistans durch die USA. Wir prangern an, dass die USA in Afghanistan seit jeher nur ihre neokolonialen Eigeninteressen verfolgt, sei es mit direkter oder indirekter Intervention. Bis heute fordern wir den Abzug aller internationalen Truppen. Gemeinsam mit anderen NATO-Verbündeten haben die USA 2001 im Namen von Demokratie, Frauenrechten und dem Kampf gegen Terrorismus unser Land besetzt. Wenn wir uns heute die letzten rund 15 Jahre der internationalen Präsenz in Afghanistan anschauen, fällt es nicht schwer, festzustellen, dass sich eigentlich nichts grundlegend verändert hat. Auch die Verbrechen des IS waren für uns Anlass zu Demonstrationen.

Der Kampf für echte Frauenrechte ist ein zentrales Anliegen unserer Bewegung. Wir machen Veranstaltungen am 8. März zum internationalen Frauentag und greifen aktuelle Anlässe auf, z.B. den Lynchmord an Farkhunda. Da sich dieses Ver-

brechen direkt im Zentrum von Kabul ereignete, haben wir als Partei beschlossen, nicht nur zu demonstrieren, sondern auch eine Gedenkstätte zu errichten. Bei deren Bau haben Frauen und Männer Seite an Seite zusammengearbeitet. Wir waren auch anlässlich der Steinigung von Ruks-hana im Herbst 2015 erneut auf der Straße. Eines unserer Transparente trug dabei die Aufschrift: „Immer wieder: ein Tag Farkhunda, ein Tag Ruks-hana, ...tagtäglich gibt es ein Verbrechen“. Wir haben auch eine Demonstration durchgeführt, um gegen die Verbrechen zu protestieren, die durch die Taliban an Frauen begangen werden.

Aufgrund der allgemeinen Sicherheitslage ist es keine einfache Aufgabe, landesweit Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen. Auch wurden wir immer wieder massiv bedroht, sei es mit Parteiverbot oder als Einzelpersonen. Doch haben wir in den letzten 10 Jahren auch viel Zuspruch und Unterstützung erhalten, vor allem aus der jüngeren Generation. Immer mehr junge Leute wollen die jetzige Lage nicht länger hinnehmen und sich für reale Veränderungen im

Land einsetzen. Das stimmt uns hoffnungsvoll. Denn Slogans alleine können keinen politischen Wandel bewirken, vielmehr müssen wir praktisch aufzeigen, dass Veränderungen möglich sind. Parallel dazu versuchen wir, uns mit anderen uns nahe stehenden Gruppierungen zu vernetzen, auf nationaler wie internationaler Ebene. Gemeinsam mit vielen weltweiten Bewegungen demonstriert die Solidaritätspartei am 1. November in internationaler Solidarität mit dem Widerstand der Kurd\*innen in Kobane gegen den IS. Wenn sich die Menschenrechtsverbrecher weltweit gegenseitig unterstützen, dann sollten wir uns als demokratische und progressive Kräfte auch global vernetzen, um dem etwas entgegenzusetzen. Wir bauen darauf, dass unsere Stimmen durch die Unterstützung auch in Deutschland gehört werden und dass demokratische Kräfte hier Druck auf ihre eigene Regierung ausüben, nicht länger

mit den verbrecherischen Eliten in Afghanistan zusammenzuarbeiten. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass es ohne Regimewechsel in Afghanistan keine echten Veränderungen geben wird. Da wir nicht mit irgendeinem Staat oder sonstigem System verbunden sind, sind wir auf die internationale Unterstützung demokratischer Kräfte angewiesen. Darum arbeiten wir in Europa zum Beispiel mit einem Unterstützungskomitee zusammen. Diese Unterstützer\*innen der Solidaritätspartei haben sich als europäisch ausgerichtete, gemeinnützige Organisation mit Sitz in Hannover gegründet. Sie tragen die Analysen der Solidaritätspartei nach Europa und beziehen sich gelegentlich mit Kundgebungen auf die Situation in Afghanistan. Die Internetseite der Solidaritätspartei hat neben zahlreichen anderen Sprachen inzwischen auch einen (kleinen) Bereich mit Texten, die ins Deutsche übersetzt wurden.

Kundgebung der SPA vor der Ruine des Darul-Aman-Palastes in Kabul  
anlässlich zwei historischer Machtübernahmen am 27. und am 28. April, 2015. Foto: SPA



Anfang 2009 haben wir beschlossen, die Afghanistan Human Rights and Democracy Organization zu gründen. Die Gründungsgruppe bestand damals aus sieben afghanischen basisdemokratischen Aktivist\*innen und mir, einem deutsch-bolivianischen Theatermacher, der schwerpunktmäßig mit der Methode des Theaters der Unterdrückten nach Augusto Boal arbeitet. Am Anfang stand für uns ein gegenseitiges Eingeständnis, dass wir selbst ratlos darüber waren, wie die vielzähligen Probleme des Landes gelöst werden könnten. Im Kontext der Situation in Afghanistan, aber nicht nur dort, sehe ich es als einen äußerst revolutionären Schritt an, offen zuzugeben: „Wir wissen nicht, was wir tun sollen. Wir wissen nicht, wie wir diese Probleme lösen können.“ Das ist kein Zeichen von Dummheit oder Unfähigkeit, vielmehr ein Anerkennen der äußerst komplexen Situation. Unser Ziel war es darum, einen Raum für den gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft des Landes zu schaffen, der „von unten“ ansetzt und auf der Perspektive der breiten Bevölkerung beruht.

Zuvor hatten wir bereits mit verschiedenen interaktiven Theatermethoden experimentiert und waren nach dieser zweijährigen Testphase zu dem Schluss gelangt, dass Theater und andere Kunstformen für die politische Arbeit in Afghanistan vielversprechende Medien sind, mit denen wir weiter arbeiten wollen. Mit der Gründung von AHRDO entschieden wir uns, diesen früheren Versuchen eine institutionelle Form geben. Dennoch war uns von Beginn an ausdrücklich daran gelegen, keine gewöhnliche Nichtregierungsorganisation (NRO) zu werden. Denn die meisten NROs in Afghanistan sind streng hierarchisch organisiert und ethnisch-

homogen zusammengesetzt. In Abgrenzung dazu wurde AHRDO von einer sehr diversen Gruppe aufgebaut, in der jede der vier großen ethnischen Gruppen vertreten war. Frauen und Männer waren gleichermaßen beteiligt, ebenso Menschen verschiedenen Alters sowie Schiit\*innen und Sunnit\*innen. Außerdem schufen wir uns bewusst eine Organisationsstruktur für kollektive und kollaborative Entscheidungsprozesse.

Von Beginn an wollten wir vor allem mit zwei Personengruppen arbeiten, mit Opfern von Kriegsverbrechen und mit Frauen. Diese Auswahl beruhte auf den direkten Lebenserfahrungen unserer Mitglieder, wie beispielsweise als 12-Jährige gegen den eigenen Willen verheiratet worden zu sein oder in den letzten 30 Jahren sechs Brüder durch Krieg verloren zu haben. Jede und jeder in unserer Organisation war mit eigenen Anliegen involviert, insofern haben wir nie als Wohltätigkeitsorganisation fungiert, die einer sozialen Gruppe mit etwas „hilft“, was diese oft nicht einmal haben möchte oder als bedeutend ansehen würde. Von der Methode her setzen wir nicht auf politisches Theater, sondern auf Theater als Politik, als konkrete politische Intervention in die Realität des Landes, insbesondere in Bezug auf Transitional Justice und Frauenrechte. Dabei arbeiten wir vor allem mit drei Ansätzen: dem Theater der Unterdrückten, dem Playback Theater und eher konventionellen AgitProp Theaterstücken.

Das Theater der Unterdrückten wurde in den 1960er und 1970er Jahren in Brasilien entwickelt und ist eng an die historische Erfahrung des Lebens unter militärischer Diktatur geknüpft. Die Methode geht auf Augusto Boals (1931-2009)



Hjalmar Joffre-Eichhorn und Nik Mohammed demonstrieren eine Theaterübung, Februar 2016. Foto: I. Mandala

Idee zurück, Theater als eine konkrete Antwort auf politische Repression zu benutzen und als Mittel, um, ausgehend von den Erfahrungen der Unterdrückten, eine gerechte und demokratische Gesellschaft aufzubauen. Sein Ansatz wurde von basispolitischen Bewegungen auf der ganzen Welt aufgegriffen, so dass es inzwischen in über 70 Ländern Initiativen gibt, die mit dem Theater der Unterdrückten arbeiten. In Afghanistan wenden wir Boals Methoden seit 2007 an und haben sie seitdem weiter für unsere Arbeit adaptiert. Das Theater der Unterdrückten umfasst sechs verschiedene Techniken, die jeweils politische und künstlerische Zielsetzungen miteinander verbinden. Auf der politischen Ebene geht es darum, Veränderungsprozesse anzuregen, wie kulturelle, soziale, politische, ökonomische und umweltbezogene Formen der Unterdrückung in der jeweiligen Gesellschaft abgebaut werden können. Indem es die Perspektiven der Betroffenen ins Zentrum stellt, betont das Theater der Unterdrückten die Notwendigkeit, dass diese Transformationsprozesse bei der Erfahrung von Unterdrückung ansetzen müssen. Des Weiteren soll Theater als Kunstform an sich demokratisiert werden, in dem Räume geschaffen werden, in denen jede\*r die/den Schauspieler\*in in sich selbst entdecken kann.

Diese künstlerische Selbsterkundung wiederum soll einen generellen Selbstermächtigungsprozess fördern. Im Theaterspiel erkunden wir, wie Unterdrückung überwunden und wie Gesellschaft verändert werden kann. Indem wir gesellschaftlichen Wandel proben, arbeiten wir auf politische Veränderungen im wirklichen Leben hin. In diesem Sinne dient das Theater der Unterdrückten als eine „Probe für die Zukunft“.

Die bekannteste Technik – und auch diejenige, die AHRDO am häufigsten einsetzt – ist das Forum Theater: Hierbei bringen Laienschauspieler kurze Szenen auf die Bühne, die auf ihren eigenen Lebenserfahrungen beruhen. Sie wählen eine exemplarische Situation aus, in der sich die Person von einer anderen Person oder Institution unterdrückt gefühlt hat, und spielen diese dem Publikum als ungelöstes Problem vor. Die Darsteller\*innen wiederholen die Szene und laden die Zuschauer\*innen nun dazu ein, sich einzumischen und einen der Charaktere auf der Bühne zu ersetzen, in der Regel eine der unterdrückten Rollen. Die Zuschauer\*innen sollen so auszuprobieren, wie sie die Dynamik der Situation verändern können und mit möglichen Lösungsansätzen experimentieren. Manchmal sind diese Interventionen erfolgreich, manchmal sind sie es nicht. Im Anschluss laden wir das Publikum zum Dialog ein, um gemeinsam die spezifischen Machtdynamiken und Interventionen zu reflektieren. Die Methode soll einen Raum zum Experimentieren zu bieten, in dem Menschen ihre Ideen für Veränderung ausprobieren und ihre eigene Handlungsfähigkeit erkunden können. Sie regt einen kollektiven Lernprozess über unsere eigenen Handlungsoptionen an, um soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Würde zu erlangen.

AHRDO hat solche Forum Theater Workshops mit Witwen und anderen Kriegssopfern durchgeführt, um Transitional-Justice-Prozesse anzustoßen. Auf diese Weise wollen wir eine Bewegung aufbauen, die auf die afghanische Regierung und

lokale Autoritäten Druck ausübt, das Leiden der Opfer anzuerkennen und Gerechtigkeit herzustellen. Seit unserer Gründung haben wir in sechs Provinzen hunderte Workshops mit zehntausenden Zuschauer\*innen durchgeführt.

Zum Thema Frauenrechte haben wir mit dem Legislativen Theater gearbeitet. Dieses baut zunächst auf der Methode des Forum Theaters auf, doch zielt das moderierte Publikumsgespräch am Ende darauf ab, neue Gesetzesvorschläge und Verbesserungen der bestehenden Gesetze auszuarbeiten. Dahinter steht der Gedanke, dass gewöhnliche Menschen, die Unterdrückten, Gesetzgeber werden können. In den zwei Jahren unserer Legislativen Theater-Initiative zu Frauenrechten haben wir mit annähernd 10.000 Frauen und Männern gearbeitet, unter ihnen waren Menschen aus allen sozialen Schichten, mehrheitlich waren es aber Analphabet\*innen, die unter extrem schwierigen Verhältnissen und in Armut leben. In den Workshops haben wir die Frage aufgeworfen, welche Gesetzgebung denn gebraucht wird, um Frauenrechte in Afghanistan zu schützen und zu

fördern. Die Publikumsideen haben wir dann als rechtliches Gutachten zusammengestellt, das 24 neue Gesetzesvorschläge zum Schutz und zur Förderung von Frauenrechte unterbreitet. Das Gutachten wurde 2012 dem Afghanischen Parlament vorgelegt und dient derzeit der Frauenkommission als Referenz für neue Gesetzesvorhaben. Das Gutachten generierte auch ein gewisses Medieninteresse: So strahlte Tolo TV, einer der populärsten Fernsehsender Afghanistans, 2014 eine eineinhalbstündige Live-Sendung aus, in der sich eine Diskussionsrunde mit Bezugnahme auf unseren Bericht mit der Frage beschäftigte, wie die patriarchale Kultur im Land verändert werden könnte.

Als zweiten Ansatz arbeiten wir mit Playback Theater, einer anderen Form partizipativen Theaters. Bei dieser Methode werden die Zuschauer\*innen direkt aufgefordert, Geschichten aus ihrem eigenen Leben zu erzählen. Eine Gruppe von Schauspielern – auch hier sind das meist Laien – hört der Erzählung zu und beginnt, diese dann

Memory Box Ausstellung an der Ibn-e Sina Universität in Kabul, Januar 2013. Foto: AHRDO



zu improvisieren. Sie spielt also die Geschichte zurück an das Publikum, um damit die erzählte Erfahrung anzuerkennen. AHRDO setzt diese Methode seit 2009 ein, vor allem im Bereich Transitional Justice. Wir laden Witwen und Opfer von Menschenrechtsverbrechen dazu ein, ihre Erfahrungen von Verlust und Schmerz zu teilen. Über das eigentliche Playback hinaus hat AHRDO all die Geschichten dokumentiert, inzwischen wurden so über 2000 persönliche Berichte gesammelt. Auch hierin sehen wir unseren Beitrag zu einer größeren Bewegung für Transitional Justice in Afghanistan.

Nicht zuletzt arbeiten wir auch mit verschiedenen anderen Kunstformen, ich möchte nur zwei Beispiele nennen: Seit 2010 touren wir mit unserem dokumentarischen Theaterstück „Infinite Incompleteness“ durch Afghanistan. Das Stück erzählt die Geschichten von zehn afghanischen Frauen und Männern, die während der letzten drei Jahrzehnte durch die verschiedenen Konflikte Familienangehörige verloren haben. Es ist insofern ein konventionelles Theaterstück, als es die Zuschauer\*innen nicht aktiv einbezieht. Jedoch basiert das Stück auf Geschichten, die Teilnehmer\*innen in den Playback Theater Workshops erzählt haben. Im November 2011 war AHRDO mit „Infinite Incompleteness“ sogar nach Washington D.C. und New York eingeladen. Im Rahmen der Memory Box Initiative haben wir Überlebende von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen eingeladen, im Gedenken an Angehörige, die sie verloren haben, persönliche Holzkisten zu gestalten. In die Kisten konnten Erinnerungsgegenstände gelegt werden, genauso wie persönliche Erlebnisberichte der Überlebenden. Bis jetzt wurden AHRDO bereits über 100 dieser Memory Boxes anvertraut, als Archiv von Schmerz und Leid. In verschiedenen Ausstellungen haben wir diese sehr persönlichen Erinnerungstruhen einer interessierten Öffentlichkeit gezeigt.

So sehr wir die besonderen Möglichkeiten von Theater- und Kunstarbeit schätzen, halten wir diese Formen trotzdem für unzureichend. Ohne kontinuierliche direkte Aktion wäre unsere Arbeit nicht sinnvoll. Nach einer erfolgreichen Aufführung zusammen zu stehen und zu weinen ist wichtig, um all den Schmerz und die Ungerechtigkeiten anzuerkennen, aber es ist nicht genug. Deshalb beteiligt sich AHRDO an unterschiedlichen direkten Aktionsformen: Wir schließen uns anderen Gruppen bei der Organisation von Demonstrationen an, wir halten öffentliche Mahnwachen an Massengräbern ab und unterstützen die Bildung von Frauen- und Witwenräten. Im Bündnis mit anderen Gruppen setzen wir uns auch mit lokalen und nationalen Autoritäten auseinander, um eine öffentliche Erinnerungskultur zu fördern. Dazu gehört es, zähe und oft frustrierende Aushandlungen zu führen, doch konnten wir durch solche kollaborative Interessenvertretung 2015 etwas erreichen, das zuvor unmöglich erschien: In symbolischem Andenken an die Opfer wurde die Pul-e Chakri-Straße in Kabul, die zum gleichnamigen berüchtigten Gefängnis führt, in „Straße der Kriegsoffer“ umbenannt.

Derzeit ist AHRDO dabei, ein konventionelles Theaterstück über den Drohnenkrieg zu produzieren, ein drängendes Thema angesichts hunderter unschuldiger Opfer, die in den letzten Jahren durch Drohnen getötet wurden. Provokativ vergleicht und kontrastiert das Stück die Logik der Drohnenkriegsführung mit jener von Selbstmordbombenanschlägen, indem es die inneren Gedanken eines US-amerikanischen Drohnenpiloten denen eines afghanischen Selbstmordattentäters gegenüberstellt. Um dieses Stück mit dem Titel „Axis of Evil“ auch vor europäischem und US-amerikanischem Publikum spielen zu können, mobilisieren wir gerade unsere internationalen Netzwerke. Denn es sind diese geografisch entfernten Länder, aus denen die tödlichen Drohnen nach Afghanistan gelenkt werden.



# Internationale Solidarität & Vernetzung

## Bericht über die Tageskonferenz

# „Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling?“

von Network Afghanistan

Während des Arabischen Frühlings waren Aktivist\*innen in Afghanistan inspiriert: „Youth of Iran, Egypt, Tunisia, Libya... Thank you for showing us the way out!“ stand auf ihren Bannern. Und: „Wir werden das Schimmern von Hoffnung auf einen Afghanischen Frühling versprühen“. Auch die Kämpfe zur Verteidigung der Selbstorganisation in Kobane/Rojava wurden in Afghanistan aktiv unterstützt und gelten als Orientierung für Freiheitssuchende. Es herrscht große Unzufriedenheit mit den Machtverhältnissen in Staat und Gesellschaft, die mit der zivil-militärischen Intervention seit dem Jahr 2001 etabliert wurden. Basispolitischer Widerstand regt sich in verschiedenen Formen, so organisieren sich „Victims' Organizations“ und Frauenstrukturen, um damit gegen das System der Straflosigkeit zu protestieren. Die Bewegungen empören sich, dass Islamisten und Kriegsverbrecher zu Verbündeten der internationalen Interventionsstaaten und zur neuen politischen Elite gemacht wurden. Und sie protestieren dagegen, dass die US-Militärstützpunkte in Afghanistan nun dauerhaft bleiben.

Foto: I. Mandala



In Deutschland erfahren wir beinahe nichts von den Analysen, Handlungsformen und Zukunftsideen dieser Basisorganisationen. Diese eingeschränkte Repräsentation liegt auch an dem kolonialen Charakter zivil-militärischer Interventionen, der bestimmte Wissensformen mit sich bringt und andere ausblendet. In den Medien wird uns vorenthalten, dass viele Menschen in Afghanistan die externen Demokratisierungsberater\*innen und liberalen Peacebuilder genauso als Teil der kolonialen Besatzungspolitik wahrnehmen wie das Militär. Und wir hören nichts vom radikal entgegenstehenden Verständnis von Frieden und Demokratie, das Basisproteste leitet. Um das zu ändern, sollte die Tageskonferenz Gelegenheit geben, Aktivist\*innen von verschiedenen basispolitischen Organisationen kennenzulernen. Aufgrund von Visums- und daraus resultierenden Planungsproblemen konnten leider nur drei der vier in dieser Broschüre vorgestellten Organisationen vertreten sein: Mariam Rawi stellte die Arbeit von RAWA vor, Weeda Ahmad berichtete über die Arbeit von SAAJS und Hafiz Rasikh repräsentierte die Solidaritätspartei Afghanistan.

Als Organisator\*innen der Konferenz wollten wir diese Perspektiven afghanischer Basisaktivist\*innen direkt zugänglich machen und eine Auseinandersetzung anregen. Außerdem wollten wir ein Forum schaffen, um sich über die Kämpfe dort wie hier auszutauschen: über die verschiedenen Situationen und Bedingungen, die Aktivitäten, Erfahrungen und Hindernisse, die Ziele und Zukunftsvisionen. Wir wollten Begegnungen und Diskussionen ermöglichen, aus denen sich



Weeda Ahmad stellt die Arbeit von SAAJS mit einem Videoclip vor, November 2015. Foto: I. Mandala

dann auch weitergehende Beziehungen entwickeln könnten. In Bezug auf politische Arbeit hier in Deutschland lauteten unsere zwei übergeordneten Fragen: Wie gelingt es uns, Verbindungen zu Debatten und Kämpfen in Afghanistan aufzubauen, die sich an anti-kolonialen, linken und feministischen Zielen orientieren und auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung hinarbeiten? Wie sind Austausch und Zusammenarbeit unter der Herausforderung möglich, unser Denken, Wissen und Handeln hier zu dekolonialisieren?

Die Konferenz war dementsprechend so geplant, dass eine intensive Workshop-Phase von einem Auftakt- und einem Abschlussplenum gerahmt war. Um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, wurden die Workshops jeweils von politischen Gruppen vorbereitet und moderiert, die zu einem ähnlichen Thema arbeiten. Der kurdische Frauenrat Dest Dan gestaltete den Workshop zum Thema „Feministische Frauenorganisation angesichts von Besatzung, Islamismus und Krieg“ mit Mariam Rawi von RAWA. Im Workshop „Anti-islamistische soziale Bewegung“ diskutierten Hafiz Rasikh von der Solidaritätspartei Afghanistan und Mohammad Abu Hajar, Aktivist von Local Coordination Committees of Syria, über ihre Erfahrungen,

eine breite anti-islamistische Bewegung gegen Besatzung, Militarismus und Kriegsverbrecher in der Regierung aufzubauen. Das Guatemalakomitee Berlin moderierte den politischen Erfahrungsaustausch mit Weeda Ahmad von SAAJS über die Transitional Justice-Arbeit als Kampf gegen Straflosigkeit und für einen Frieden, der auf Gerechtigkeit basiert. Mit rund 100 Teilnehmenden hat die Konferenz ein breites Spektrum an politisch Interessierten und Aktiven zusammengebracht. Viele der Teilnehmenden hörten zum ersten Mal vom Bestehen dieser basisdemokratischen Kämpfe in Afghanistan. Denn die Analysen zum Krieg in Afghanistan sind oft auf wenige Akteure reduziert: die Interventionsstaaten mit ihrem Militär, die Taliban und die afghanische Regierung. Umso mehr schätzten die Anwesenden die Gelegenheit, die Situation aus der Perspektive von basisdemokratischen Aktivist\*innen aus Afghanistan dargestellt zu bekommen und diese mit Aktivist\*innen aus Europa und aus anderen Teilen der Welt in Berlin diskutieren zu können. Von verschiedenen Seiten wurde abschließend die Bedeutung zukünftigen Austausches und der Unterstützung betont. Besonders eindringlich waren hierbei die Abschluss-Statements der Referent\*innen.

## Abschluss-Statements der Referent\*innen

Ein Forum wie dieses hier ist für uns äußerst wichtig. Denn wir wollen, dass die Menschen überall in der Welt erfahren, was tatsächlich in Afghanistan vorgeht. Die internationalen Medien berichten kaum über die wahren Verhältnisse, denn diese Berichterstattung ist durch die Interessen der internationalen Streitkräfte geleitet, deren weitere Präsenz in Afghanistan ernsthaft in Frage stünde, wenn die tatsächliche Lage bekannt würde. Nur wenn Menschen wie ihr hier in Deutschland Bescheid wisst, was wirklich los ist, könnt ihr Druck auf eure Regierung ausüben, die Zusammenarbeit mit unseren kriminellen Eliten einzustellen und stattdessen einen wirklich demokratischen Friedensprozess für Afghanistan zu unterstützen.

**HAFIZ RASIKH**

Diese Möglichkeit, hier in Deutschland feministische und Anti-Kriegs- Bewegungen zu treffen, schätzen wir sehr, denn uns verbindet eine progressive und demokratische Perspektive. Jedoch fehlt es noch an konkreten Verbindungen zwischen den Bewegungen hier und in Afghanistan. Als RAWA haben wir internationale Unterstützung durch Gruppen und ehrenamtlich arbeitende Einzelpersonen erfahren, die bereit waren Veranstaltungen, Konferenzen oder andere Gelegenheiten zu organisieren, bei denen wir unsere Ansichten und Analysen zur Lage in Afghanistan darstellen konnten. Internationale Unterstützung wie diese ist für unsere politischen Kämpfe in Afghanistan wichtig. Durch eure eigenen Netzwerke, Freund\*innen und Familie könnt ihr ähnliches tun: Ihr könnt unsere Berichte über die tatsächliche Lage in Afghanistan weiter verbreiten und allen von unserem aktiven Widerstand erzählen. Mit eurer Unterstützung werden wir unsere Ziele früher erreichen.

**MARIAM RAWI**

Es gibt viele Formen, in denen ihr unsere Bewegung unterstützen könnt. Erstens könnt ihr uns dabei helfen, die Kriegsverbrecher, die nun in Deutschland leben, vor Gericht zu bringen – vergleichbar mit den Fällen, bei denen Kriegsverbrecher in den Niederlanden und Großbritannien angeklagt wurden. Zweitens ermutigen wir euch, Druck auf eure Regierung auszuüben, damit alle verbliebenen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden. Das muss die Geheimdienste einschließen. Wir möchten, dass alle gehen. Wir wollen, dass Deutschland aufhört, sich in irgendeiner Weise in Afghanistan einzumischen, weder militärisch, strategisch noch wirtschaftlich. Drittens rufen wir euch auf, zu protestieren, wenn Mitglieder der afghanischen politischen Elite nach Deutschland reisen, insbesondere wenn es sich um solche handelt, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Für diese Verbrechen müsst ihr sie öffentlich zur Verantwortung ziehen. In Italien ist es RAWA gemeinsam mit örtlichen Unterstützer\*innen gelungen, die Einreise eines solchen afghanischen Staatsvertreters zu verhindern.

**WEEDA AHMAD**

Foto: I. Mandala



# Vernetzung basispolitischer Aktivist\*innen in Afghanistan und in Europa

von Network Afghanistan

Wenn wir von Vernetzung sprechen, dann meinen wir damit eine Politik der internationalen Solidarität, in der sich politische Kämpfe, die in ihren jeweiligen Kontexten an verschiedenen Orten geführt werden, aufeinander beziehen. Es geht um ganz praktisch entwickelte Unterstützung, die aus direkten Kontakten und dem gegenseitigen Wissen um die jeweiligen politischen Analysen, Ziele, Bedingungen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten entstehen. Es geht um eine Gegenseitigkeit, die dennoch unterschiedliche Bedingungen, Privilegien und Marginalisierungen, reflektiert und einbezieht.

Über die Vermittlung von afghanisch-aktivistischen Analysen und Perspektiven hinaus wurde die Veranstaltungsreihe im Winter 2015/16 zum Initiativmoment, um eine solche Vernetzung zwischen basispolitischen Ansätzen in Afghanistan und Deutschland bzw. Europa auszubauen. Insbesondere die Tageskonferenz am 7. November 2015 bot einen Rahmen, sich besser kennenzulernen und geteilte Perspektiven oder mögliche Gemeinsamkeiten in der politischen Arbeit auszuloten. Zudem hatten wir für unsere Gäste ein politisches Rahmenprogramm organisiert: Treffen mit einer Vertreterin des European Center for Constitutional and Human Rights, mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, mit dem Bündnis NO WAR – Berlin sowie mit verschiedenen Organisationen von Afghan\*innen, Iraner\*innen und Kurd\*innen in Europa, u.a. mit dem kurdischen Frauenrat Berlin Dest Dan e.V.

Inzwischen haben verschiedene Vernetzungen begonnen, für die sicherlich auch andere Impulse und Begegnungen ausschlaggebend waren. So

haben die Sympathisanten der Solidaritätspartei Afghanistan in Europa e.V. und die Gruppe Street Roots die Frauenrechtsaktivistin Malalai Joya sowie die SPA-Sprecherin Selay Ghaffar aus Afghanistan zu Vorträgen nach Berlin eingeladen (gemeinsam mit dem International Women's Space und dem Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum e.V. Berlin).

Vertreter\*innen der Coordinamento Italiano di Sostegno Donne Afghane (CISDA) waren im Mai 2016 zu einer eintägigen Veranstaltung des Bildungswerks in Berlin. Als feministische Frauenorganisation unterstützt CISDA seit 1999 RAWA und andere Frauenrechtsorganisationen, seit einigen Jahren zudem auch SAAJS und SPA. Über die politische und finanzielle Unterstützung hinaus lädt CISDA regelmäßig Vertreter\*innen der Organisationen nach Europa ein und organisiert Delegationsreisen nach Afghanistan. Der CISDA-Jahreskongress 2016, auf dem wir als Network Afghanistan vertreten waren, hatte zum Ziel, verschiedene europäische Initiativen zusammenzubringen, die aus einem feministischen und linken Selbstverständnis heraus Beziehungen zu RAWA und anderen basisdemokratischen Organisationen in Afghanistan aufbauen. In Italien gibt es zudem konkrete Überlegungen zur internationalen Vernetzung im Kampf gegen militärische Infrastruktur, gegen weltweit etablierte US-Militärstützpunkte und gegen Drohnenkrieg. Auch bestand Einigkeit darüber, dass die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen durch internationale Kooperationen forciert werden könnte, unter anderem auch, weil viele Kriegsverbrecher aus Afghanistan in Europa Asyl gefunden haben oder hierher reisen.

Veranstaltungsreihe Winter 2015/16

## Politische Basisbewegungen in Afghanistan im Jahr nach dem offiziellen Abzug des internationalen Militärs

**Konzeption & Organisation: Network Afghanistan**

**Veranstalter: Bildungswerk Berlin der  
Heinrich-Böll-Stiftung**

**Die Veranstaltungsreihe wurde realisiert aus Mitteln  
der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.**

7. November 2015 im Haus der Demokratie und Menschenrechte

### „Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling?“ – Ein Tag zum Austausch mit Basisaktivist\*innen aus Afghanistan

Tageskonferenz mit Mariam Rawi (RAWA), Weeda  
Ahmad (SAAJS) & Hafiz Rasikh (Hezbe-Hambastagi).

In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung & dem  
Solifonds der Hans-Böckler-Stiftung.

17. November 2015 in den Räumen des Bildungswerks Berlin  
der Heinrich Böll-Stiftung

### Afghanistan: Selbstorganisation in militarisierten Räumen

Abendveranstaltung mit Mariam Rawi (RAWA), Weeda  
Ahmad (SAAJS) & Hafiz Rasikh (Hezbe-Hambastagi).

16. Februar 2016 in der Werkstatt der Kulturen

### Die Achse des Bösen. Demokratie und Theater der Unterdrückten in Afghanistan

Abendveranstaltung mit Hadi Marifat, Nik Mohammed,  
beide Mitarbeiter bei AHRDO, & Hjalmar Joffre-Eichhorn,  
deutsch-bolivianischer Theaterregisseur und Autor, der  
seit längerem mit AHRDO zusammenarbeitet.

In Kooperation mit medico international.

# Impressum

Herausgegeben von:  
Network Afghanistan / Bildungswerk  
Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

1. Auflage: November 2016

2. Auflage: November 2018



Bildungswerk Berlin der  
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Sebastianstr. 21, 10179 Berlin  
Fon 49 30 308 779 480  
Fax 49 39 308 779 487  
info@bildungswerk-boell.de  
www.bildungswerk-boell.de

Redaktion:  
Mechthild Exo, Mechthild von Vacano  
Fotos (Aktivismus in Afghanistan):  
AHRDO, Hambastagi,  
SAAJS, Mechthild Exo  
Fotos (Veranstaltungsreihe):  
Imelda Mandala  
Gestaltung: Mechthild von Vacano  
Druck: hinkelsteindruck



Diese Publikation wurde realisiert  
aus Mitteln der Stiftung Deutsche  
Klassenlotterie Berlin.

Bestellungen:  
info@bildungswerk-boell.de



Über politische Bewegungen, die in Afghanistan „von unten“ für eine radikale, freiheitliche Veränderung der Gesellschafts- und Machtverhältnisse kämpfen, ist in Deutschland kaum etwas zu erfahren. Doch diese Kämpfe sind lebendig und angesichts der verheerenden Zustände im Land so wichtig wie nie. Im Winter 2015/2016 haben wir Vertreter\*innen vier solcher basispolitischer Organisationen nach Berlin eingeladen, um ihren Berichten und Analysen über die politische Lage in Afghanistan zu zuhören und von ihrem politischen Aktivismus in Afghanistan zu erfahren. Die vorliegende Broschüre macht diese Perspektiven nun einem breiteren Publikum zugänglich und bietet einen Ausblick auf internationale Solidarität und Vernetzung.

## **Politische Analysen & Ansätze basispolitischer Organisationen in Afghanistan**

### **Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA)**

feministische Frauenorganisation, die seit 1977 besteht

### **Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS)**

Verband der Angehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen

### **Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe-Hambastagi (SPA)**

progressive, demokratische Partei, die außerparlamentarisch eine basispolitische Bewegung gegen Besatzung, Fundamentalismus und die Kriegsverbrecher in der Regierung aufbaut

### **Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)**

künstlerische Menschenrechtsorganisation, die mit den Methoden des Theater der Unterdrückten arbeitet